Wolfram Pyta

Die Präsidialgewalt in der Weimarer Republik

I.

Daß der Präsidialgewalt eine, wenn nicht die ausschlaggebende Rolle bei der Auflösung der Weimarer Republik zufällt, dürfte ein mittlerweile absolut gefestigtes Fundament der Weimar-Forschung sein¹. Dennoch fehlt es erstaunlicherweise bis heute immer noch an Studien, welche auf Basis der mittlerweile zur Verfügung stehenden Dokumente die Rolle der Präsidialgewalt von 1919–1933 systematisch in das Zentrum ihrer Betrachtungen rücken². Dieses Forschungsdesiderat ist gewiß nicht zuletzt auch dem Umstand geschuldet, daß zwischen der Ausübung präsidialer Herrschaft bei Friedrich Ebert und Paul von Hindenburg unübersehbare Unterschiede klaffen. Gewiß war Friedrich Ebert ein starker Reichspräsident, der die Möglichkeiten seines Amtes zwar nicht zur Neige ausschöpfte, aber doch von dessen Potenzen nicht zuletzt in der Existenzkrise der Republik im Jahre 1923 energischen Gebrauch machte. Jedoch hat er die ihm verliehenen Befugnisse nie dazu genutzt, um das labile Gleichgewicht der Verfassungsorgane einseitig zugunsten der Präsidialgewalt und damit zu Lasten von Reichstag und Reichsregierung zu verschieben. Hingegen hat sein Amtsnachfolger Paul von Hindenburg unzweifelhaft eine solche Machtverlagerung aktiv betrieben, womit Hindenburg und Ebert bei der Ausfüllung ihres Amtes nicht so ohne weiteres auf eine Stufe gestellt werden können.

Hinzu gesellt sich noch der Umstand, daß wir über die Personen Ebert und Hindenburg eine erstaunlich spärliche Literatur besitzen. Eberts Amtsführung haftet wohl auch deswegen eine gewisse Blässe an, weil allem Anschein nach die persönlichen Papiere des ersten Reichspräsidenten als verloren zu gelten haben³.

¹ Souveräner Forschungsüberblick bei *Eberhard Kolb*, *Die Weimarer Republik* (Oldenbourg Grundriß der Geschichte 16, München 62002) vor allem 130–153; im folgenden zitiert: *Kolb*, *Weimarer Republik*.

² Eine Ausnahme bietet die Überblicksdarstellung von Horst Möller, die nicht nur ein mit feinen Strichen gezeichnetes Porträt der beiden Reichspräsidenten, sondern auch einen systematisch angelegten Zugriff auf die Präsidialgewalt bietet: *Horst Möller*, *Weimar. Die unvollendete Demokratie* (Deutsche Geschichte der neuesten Zeit, München 61997); im folgenden zitiert: *Möller*, *Weimar*.

³ Zur Quellen- und Forschungslage vgl. das Vorwort Eberhard Kolbs in: *Eberhard Kolb*

Daher ist bis auf einige erste biographische Annäherungen⁴ Eberts Präsidentschaft im historiographischen Schatten verblieben. Im Falle Hindenburgs stellt sich die Quellenlage durchaus günstiger dar⁵ – aber auch in diesem Fall dürfte die bestehende Forschungslücke nicht von heute auf morgen zu schließen sein, weil die Hindenburg-Forschung bislang viel zu sehr auf das Soldatische im Feldmarschall-Reichspräsidenten fixiert ist, um die genuin politische Qualität seiner präsidentialen Herrschaft einfangen zu können⁶.

Ungeachtet dessen gestattet es aber ein systematischer Zugriff, die Präsidentialgewalt in der Weimarer Republik als Einheit in den Blick zu nehmen. Hier hat insbesondere die Verfassungsgeschichte eine Vorreiterrolle gespielt. Vor allem die mittlerweile den Rang eines Standardwerkes beanspruchende Studie des Rechtshistorikers Christoph Gusy⁷ streicht dabei nachdrücklich die zentrale Rolle des Reichspräsidenten im Verfassungsgefüge heraus. Allein der Verfassungstext verlieh dem Reichspräsidenten eine Fülle gestalterischer Kompetenzen, wobei die Verfassungskonstruktion auf eine strukturelle Konfliktlage zwischen Reichspräsident und Reichstag angelegt war, weil sich die Kompetenzen beider demokratisch legitimierter Organe in zentralen Aufgabenfeldern – etwa bei der Bildung der Reichsregierung – allzu sehr überlagerten und vermischten⁸. Lassen sich also allein bei dem juristischen Studium der Verfassungsurkunde „Züge einer Präsidentialdemokratie“⁹ konstatieren, so hat die reale Entwicklung der Weimarer Verfassung diesen Trend weiter verstärkt.

Damit aber wird eine Blickfelderweiterung auf die politischen Bedingungen erforderlich, welche die im Verfassungstext angelegten Entwicklungsmöglichkeiten

(Hrsg.), Friedrich Ebert als Reichspräsident. Amtsführung und Amtsverständnis (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 4, München 1997) 7–15.

⁴ Siehe *Günter Arns*, Friedrich Ebert als Reichspräsident, in: *Theodor Schieder* (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte der Weimarer Republik (Historische Zeitschrift, Beiheft 1, München 1971) 11–30; *Peter-Christian Witt*, Friedrich Ebert. Parteiführer – Reichskanzler – Volksbeauftragter – Reichspräsident (Bonn ³1992).

⁵ Immerhin existiert eine zuverlässige Edition der wichtigsten Dokumente aus dem ansonsten der Forschung nicht zugänglichen Hindenburg-Nachlaß: *Walther Hubatsch*, Hindenburg und der Staat. Aus den Papieren des Generalfeldmarschalls und Reichspräsidenten von 1878 bis 1934 (Göttingen 1966); im folgenden zitiert: *Hubatsch*, Hindenburg.

⁶ Dies gilt insbesondere für die älteren Darstellungen von *John Wheeler-Bennett*, Der hölzerne Titan. Paul von Hindenburg (Tübingen 1969) und *Wolfgang Ruge*, Hindenburg. Porträt eines Militaristen (Köln 1981). Auch die jüngste, im Faktischen überaus zuverlässige Studie von *Walter Rauscher*, Hindenburg. Feldmarschall und Reichspräsident (Wien 1997) gelangt nicht wesentlich über diese konventionelle Sicht Hindenburgs hinaus.

⁷ *Christoph Gusy*, Die Weimarer Reichsverfassung (Tübingen 1997); im folgenden zitiert: *Gusy*, Reichsverfassung.

⁸ Vgl. ebd. 92 f.

⁹ Ebd. 99; vgl. auch die eindringlichen Ausführungen von *Hans Boldt*, Die Stellung von Parlament und Parteien in der Weimarer Reichsverfassung. Verfassungstheorie und Verfassungswirklichkeit, in: *Eberhard Kolb*, *Walter Mühlhausen* (Hrsg.), Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte 5, München 1997) 19–58; im folgenden zitiert: *Boldt*, Stellung.

erst zur Entfaltung brachten¹⁰. Warum sich die Präsidialgewalt bereits in der Reichspräsidentschaft Eberts immer wieder in den Vordergrund schob, warum sie dann ab 1930 unter seinem Nachfolger Hindenburg sich immer mehr verselbständigte und dabei die Befugnisse des Reichstags aushöhlte, ist eine Frage, deren Beantwortung die Politikgeschichte der Weimarer Republik zu übernehmen hat.

Die folgenden Darlegungen stehen daher unter der leitenden Fragestellung, welche politischen Rahmenbedingungen dem Reichspräsidenten eine immer gewichtigere Funktion im Institutionengefüge der Weimarer Republik gestatteten. Ein solcher Zugriff erfordert zum einen, die mit dem Reichspräsidenten um Gestaltungsaufgaben wetteifernden Organe daraufhin zu befragen, unter welchen Gegebenheiten sie den Einfluß des Reichspräsidenten zu begrenzen vermochten. Und da umgekehrt der Prädominanz des Reichspräsidenten notwendigerweise die Schwäche von Reichsregierung und Reichstag korrespondierte, muß die Anschlußfrage lauten, warum gerade der Reichstag das Feld immer mehr zugunsten der Präsidialgewalt räumte. Damit wird zugleich die gesellschaftliche und kulturelle Verfaßtheit der Weimarer Republik beleuchtet, weil die Akteure im Reichstag – die politischen Parteien – die Gesellschaftsstruktur und die mentalen Dispositionen ihrer Zeit maßstabsgetreu abbildeten.

Zum anderen darf die Rolle des Reichspräsidenten nicht auf die eines Nutznießers des fehlenden Machtwillens der Parteien oder eines Leidtragenden eines eingelösten parlamentarischen Gestaltungswillens reduziert werden. Der Reichspräsident konnte sich aufgrund seiner verfassungsrechtlich verankerten Kompetenzen jederzeit aktiv in das politische Geschäft einschalten und die Befugnisse seines Amtes massiv zur Geltung bringen. Ob und in welcher Weise er die in der Verfassung angelegten Möglichkeiten ausschöpfte, ob er diese darüber hinaus sogar auf schleichendem Wege zu erweitern suchte, hing nicht zuletzt von seinem politischen Willen ab. Damit aber muß der personelle Faktor den ihm gebührenden Stellenwert erhalten. Es machte einen gewaltigen Unterschied, ob das höchste Staatsamt wie im Falle Friedrich Eberts von einem überzeugten Verfechter einer pluralistischen Demokratie ausgeübt wurde oder von einem Anhänger eines holistischen Politikverständnisses, der die legitime Vielfalt politischer Interessen im Konzept eines einheitlichen Volkswillens aufgelöst sehen wollte¹¹.

Insofern drängt es sich geradezu auf, den folgenden Durchgang entlang der Amtsperioden der beiden so unterschiedlichen Reichspräsidenten Ebert und Hindenburg zu strukturieren. Damit wird keiner antiquierten Personenzentriertheit das Wort geredet, sondern dem unbezweifelbaren Umstand Rechnung getragen, daß sich Ebert und Hindenburg in ihrer Amtsführung grundlegend unterschieden. Aber darüber hinausgehend sprechen auch strukturelle Gründe für diese Separierung. Denn wie noch weiter unten eingehend ausgeführt wird, repräsentieren Ebert und Hindenburg zwei unterschiedliche Formen legitimer politischer

¹⁰ So auch *Gusy*, Reichsverfassung 142.

¹¹ Auf die zentrale Bedeutung des personellen Faktors verweist auch *Gusy*, Reichsverfassung 114f.

Herrschaft. Unter Anknüpfung an die Terminologie Max Webers¹² läßt sich die Herrschaft Eberts als eine rein auf Amtsautorität gestützte bürokratisch-rationale Herrschaft fassen, während Hindenburgs Herrschaft die Grenzen einer rein legalen Herrschaftsausübung sprengt und am besten als „charismatische Herrschaft“ terminologisch einzufangen ist¹³. Die bei Hindenburg zu registrierende charismatische Aufladung der Präsidialgewalt ist damit zugleich der analytische Schlüssel, um die strukturelle Unterlegenheit der parlamentarischen Komponente gegenüber dem präsidialen Faktor in der Endphase der Weimarer Republik zu erklären. In der Charismatisierung Hindenburgs kamen tiefsitzende kulturelle Dispositionen der deutschen Gesellschaft – die Sehnsucht nach personal gestifteter Integration – zum Ausdruck, welche die ohnehin gemäß den Maßstäben legaler Herrschaft enormen Befugnisse des Reichspräsidenten um eine Dimension anreicherten, aus der eine solche Durchschlagskraft von Herrschaft erwachsen konnte, daß eine auf sie gestützte Transformation des politischen Systems in Richtung Präsidialherrschaft in Gang gesetzt werden konnte. Die politisch-kulturellen Wurzeln der Charismatisierung der Präsidialgewalt führen überdies über eine rein institutionengeschichtliche Erklärung der Herrschaftsstrukturen hinaus und können als markantes Beispiel dafür dienen, welchen heuristischen Ertrag eine systematische Beachtung der kulturellen Unterfütterung von Politik für die Politikgeschichte abwerfen kann.

II.

Fragen wir zunächst nach den strukturellen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen präsidiale Herrschaft in der Weimarer Republik so gut zu gedeihen vermochte. Der Stärke des Reichspräsidenten korrespondierte die strukturelle Schwäche des Parteiensystems, auf die an dieser Stelle allerdings nur streiflichtartig eingegangen werden kann¹⁴. In der fragmentierten Gesellschaft der Weimarer Republik spiegelten die Parteien die milieumäßig verfestigte Segmentierung der deutschen Gesellschaft wider¹⁵ – und diese Versäulung behinderte deren

¹² Max Weber, Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft, in: *ders.*, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre (Tübingen 1968) 475–488.

¹³ Eine eingehende Begründung dieses Ansatzes in dem demnächst erscheinenden Beitrag: Wolfram Pyta, Paul von Hindenburg als charismatischer Führer der deutschen Nation, in: Frank Möller (Hrsg.), Charismatische Führer der deutschen Nation (im Druck); im folgenden zitiert: Pyta, Hindenburg.

¹⁴ Vgl. den entsprechenden Beitrag von Andreas Wirsching in diesem Band; vgl. weiterhin: Andreas Wirsching, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 58, München 2000) 17–20.

¹⁵ Glänzende Verknüpfung von Parteiengeschichte und Politischer Kulturgeschichte bei Detlef Lehnert, Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft (Reclam Universal-Bibliothek 17018, Stuttgart 1999); unverzichtbar die maßgebliche Studie des Altmeisters der Politischen Kulturforschung in Deutschland, Karl Rohe: Karl Rohe, Wahlen und Wählertraditionen in Deutschland. Kulturelle Grundlagen deutscher Parteien und Parteien-

Fähigkeit zum Kompromiß ungemein. Da die Parteiführer nahezu ausnahmslos mit ihrer jeweiligen Lebenswelt kulturell aufs engste verwurzelt blieben und daher den Typ des Milieupolitikers verkörperten, rührte das mühsame Geschäft des Regierens fast immer an der soziokulturellen Identität mindestens einer Regierungspartei, der nicht selten ein Maß an Überwindung der Herkunftswelt abverlangt wurde, das eine Milieupartei überfordern mußte. Nicht zuletzt deswegen konnte es auch auf Reichsebene keine festen Regierungsbündnisse von Parteien geben, die auf mehr als nur einen sehr kurzen Zeitraum gemeinsamen Regierens hin, der im Regelfall weniger als eine Legislaturperiode währte, ausgerichtet waren. Natürlich darf auch die Erblast des Deutschen Kaiserreiches nicht verschwiegen werden, in dem die Milieuparteien aufgrund des konstitutionellen Regierungssystems es nie gelernt hatten, bis zum Oktober 1918 klar zurechenbare Regierungsverantwortung zu übernehmen¹⁶.

Dieses System von Milieuparteien verlangte geradezu nach einem Verfassungsorgan, das den Parteien der Weimarer Republik bei der ihnen nun zugefallenen Aufgabe der Regierungsbildung zumindest unterstützend, gegebenenfalls auch disziplinierend zur Seite stand. Insofern entsprach die Interpretation der maßgeblichen Weimarer Staatsrechtslehrer, daß sich aus Art. 53 der Reichsverfassung, d.h. aus dem Recht des Reichspräsidenten zur Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers, ein Initiativrecht des Reichspräsidenten bei der Regierungsbildung ableiten lasse¹⁷, dem soziokulturellen Zuschnitt der Weimarer Parteienlandschaft. Eine solche Einflußnahme des Reichspräsidenten auf die Formierung der Reichsregierung ist – wohlgemerkt – nicht identisch mit der sich seit April 1930 einbürgernden Gewohnheit, über die Köpfe der Parteien hinweg eine Regierung von des Reichspräsidenten Gnaden zu ernennen, die dann einem mehr oder minder gutwilligen Reichstag vorgesetzt wurde¹⁸.

Daher hat Friedrich Ebert lediglich seine verfassungsmäßig verankerten Befugnisse ausgeschöpft, als er dieses Initiativrecht seit Juni 1920 immer stärker zur Geltung brachte. Voraussetzung dafür war ein Umstand, der sich durch die ganze

systeme im 19. und 20. Jahrhundert (Neue Historische Bibliothek, Edition Suhrkamp, Neue Folge 544, Frankfurt a.M. 1992) vor allem 121–140; Überblick über die Ergebnisse des Göttinger Projektes über die Milieubildung im katholischen, liberalen und konservativen Lager, das der Milieuforschung wesentliche Erkenntnisgewinne beschert hat, bei: *Peter Lösche, Franz Walter*, Katholiken, Konservative und Liberale: Milieus und Lebenswelten bürgerlicher Parteien in Deutschland während des 20. Jahrhunderts, in: *Geschichte und Gesellschaft* 26 (2000) 471–492.

¹⁶ Wie sehr eine unter den Bedingungen einer segmentierten Gesellschaft forcierte politische Partizipation die parlamentarische Austragung von Interessengegensätzen erschwerte, ist jüngst noch einmal herausgestrichen worden von *Christoph Schönberger*, Die überholte Parlamentarisierung. Einflußgewinn und fehlende Herrschaftsfähigkeit des Reichstags im sich demokratisierenden Kaiserreich, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001) 623–666.

¹⁷ Eine überwältigende Fülle solcher Belege in dem instruktiven Aufsatz von *Boldt*, Stellung, insbesondere 24–28.

¹⁸ Daß der Übergang zum System der Präsidialkabinette einen qualitativen Sprung darstellte, hat die Forschung einhellig hervorgehoben; hierzu vor allem *Kolb*, Weimarer Republik 211 ff.

übrige Geschichte der Weimarer Republik hindurch ziehen sollte: das Fehlen eindeutiger parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse¹⁹. Nicht nur, daß aufgrund der soziokulturellen Zersplitterung des Parteiensystems die absolute Mehrheit für eine Partei strukturell ausgeschlossen war – es gab zudem keine ideologisch festgefügtten Blöcke von Parteien, die Aussicht auf eine solche absolute Majorität besessen hätten. Daraus ergab sich eine verwirrende Fülle von Koalitionsmöglichkeiten – und genau dies eröffnete dem Reichspräsidenten enorme Gestaltungsmöglichkeiten, bei solchen uneindeutigen Konstellationen seine politischen Präferenzen durch die Steuerung des Prozesses der Regierungsbildung zum Ausdruck zu bringen. Ebert hat davon durchaus nachhaltigen Gebrauch gemacht²⁰ – allerdings immer unter der Maßgabe, auf diese Weise das unter so vielen Belastungen ins Leben gerufene republikanische Staatswesen zu stabilisieren. Im Bewußtsein um die Krisenanfälligkeit der jungen Republik setzte Ebert seine präsidentialen Befugnisse auf jenen Politikfeldern gezielt ein, denen er eine zentrale Bedeutung für die Existenz des neuen Staates beimaß²¹. Ebert wies damit dem Reichspräsidenten die strategische Aufgabe zu, durch energischen Einsatz von Führungskraft die Funktionsfähigkeit eines politischen Systems zu ermöglichen, das ohne Rückgriff auf eingeschliffene Traditionen sich erst noch finden und bewähren mußte.

Unter bestimmten Bedingungen konnte dieses Kalkül sogar in ein von Fachministern dominiertes Kabinett einmünden. Daher lohnt es sich, unter den hier maßgebenden strukturellen Gründen beim Zustandekommen der im November 1922 gebildeten Reichsregierung Cuno zu verweilen, die Heinrich August Winkler pointiert als „das erste, wenn auch verdeckte Präsidialkabinett der Weimarer Republik“²² bezeichnet hat. Denn hier bündeln sich wie in einem Brennglas die strukturellen Besonderheiten des Weimarer Parteiensystems, die es dem Reichspräsidenten überhaupt erst ermöglichten, in ein politisches Schiedsrichteramt einzurücken: die Neigung der Parteien, um der Wahrung der Milieuinteressen willen sogar Regierungen zu stürzen, die über das kostbare Gut parlamentarischer Mehrheiten verfügten²³.

¹⁹ Siehe Möller, Weimar 184; vgl. dazu auch Bernd Hoppe, Von der parlamentarischen Demokratie zum Präsidialstaat. Verfassungsentwicklung am Beispiel der Kabinettsbildung in der Weimarer Republik (Schriften zur Verfassungsgeschichte 55, Berlin 1998) unter anderem 87.

²⁰ So auch das Fazit der summarischen Darlegungen von Klaus Megerle, Friedrich Ebert, die deutsche Sozialdemokratie und die Koalitionsfrage 1919–1925, in: Rudolf König, Hartmut Soell, Hermann Weber (Hrsg.), Friedrich Ebert und seine Zeit (München 1990) 131–145, hier 137 f.

²¹ Eine ähnliche Betonung der „Führungsfunktion“ Eberts bei Ludwig Richter, Der Reichspräsident bestimmt die Politik und der Reichskanzler deckt sie: Friedrich Ebert und die Bildung der Weimarer Koalition, in: Kolb, Ebert 17–59, Zitat 42.

²² Heinrich August Winkler, Weimar 1918–1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie (München 1993) 185; im folgenden zitiert: Winkler, Weimar.

²³ In Anlehnung an eine treffende Formulierung von Hans Boldt ließe sich daher etwas überspitzt behaupten, daß die Reichstagsfraktionen nicht die „parlamentarische Regierungsbil-

Denn wenige Wochen vor der Installierung der ersten verkappten Präsidialregierung hatten diejenigen Parteien, die unter dem Rubrum „Weimarer Koalition“ umstandslos zu systemtragenden Parteien gerechnet werden (SPD, Zentrum, DDP), den Verlust ihrer Reichstagsmehrheit bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 dadurch wettmachen können, daß die SPD-Reichstagsfraktion einen erheblichen Zuwachs durch solche Mandatsträger erhielt, die im Juni 1920 noch auf dem Ticket der USPD in das Parlament gewählt worden waren. Die am 24. September 1922 förmlich beschlossene Fusion von SPD und USPD stärkte den republikanischen Block im Reichstag so sehr, daß die bisherige Minderheitsregierung unter Reichskanzler Joseph Wirth (Zentrum) seitdem auf eine solide numerische Mehrheit im Reichstag (289 von 459 Sitzen) hätte bauen können, wenn nicht die zentrifugalen Tendenzen des Parteiensystems just in diesem Moment die Brüchigkeit auch der „Weimarer Koalition“ offengelegt hätten. Mit der Wiederaufnahme eines Teils der 1917 von der SPD abgespaltenen Linksopposition wurden zum einen innerhalb der SPD diejenigen Kräfte gestärkt, die um der inneren Einheit der sozialistischen Arbeiterschaft willen ein gemeinsames Regieren mit der stark unter dem Einfluß industrieller Kreise stehenden „Deutschen Volkspartei“ (DVP) verwarfen. Umgekehrt war gerade diese DVP von den bürgerlichen Bestandteilen der „Weimarer Koalition“ im Juli 1922 in eine gemeinsame „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte“ aufgenommen worden, die kategorisch die Erweiterung der Reichsregierung um eben die Deutsche Volkspartei von der Sozialdemokratie verlangte. Der schroffe Aufeinanderprall lebensweltlich verfestigter Parteiinteressen sprengte die Regierung Wirth²⁴ und beförderte den Reichspräsidenten in jene Schlüsselposition, die er der gegenseitigen Paralyse der Milieuparteien verdankte.

Ebert griff den ihm zugespielten Ball auf, indem er erstmals ohne vorherige Konsultation mit den Parteien dem Parlament eine Reichsregierung vorsetzte, in der nicht weniger als vier der elf Minister parteilos waren und deren Kanzler den Reichstag vorher kein einziges Mal betreten hatte.

Außenminister Frederic von Rosenberg, Ernährungsminister Hans Luther, Verkehrsminister Wilhelm Groener und Schatzminister Heinrich Albert standen ohne parteipolitischen Rückhalt da; und der Reichskanzler Wilhelm Cuno selbst ging ebenfalls nicht aus der Mitte einer Partei hervor, sondern war als Generaldi-

nung, wohl aber den parlamentarischen Regierungssturz“ als ihre eigentliche Domäne betrachteten: *Boldt*, Stellung 28.

²⁴ Wie sehr die Beharrung auf Milieuinteressen eine flexible Koalitionspolitik erschwerte, hat jüngst nachdrücklich Ludwig Richter herausgearbeitet: *Ludwig Richter*, SPD, DVP und die Problematik der Großen Koalition, in: *Horst Möller, Manfred Kittel* (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland und Frankreich 1918–1933/40. Beiträge zu einem historischen Vergleich* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 59, München 2002) 153–181, insbesondere 162ff. Zum Auseinanderbrechen der Regierung Wirth; vgl. weiterhin: *Heinrich August Winkler*, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924* (Berlin, Bonn 1984) 498–501; im folgenden zitiert: *Winkler*, *Stabilisierung*.

rektor der Hamburg-Amerikanischen Paketfahrt-Actiengesellschaft (HAPAG) Linie im wahrsten Sinne des Wortes ein Wirtschaftskapitän.

Ebert nutzte den ihm zugefallenen Spielraum auch, um auf demjenigen Politikfeld personalpolitische Weichenstellungen vorzunehmen, das er für das Überleben der Weimarer Republik als schicksalhaft einstufte: der Außenpolitik. Erkennbar war dies allein schon daran, daß der Reichspräsident die Kabinettsrunden immer dann mit seiner Anwesenheit beehrte, wenn wichtige außenpolitische Fragen auf der Tagungsordnung standen. Auf diese Weise wurden die Kabinettsitzungen offiziell zu sogenannten Ministerratssitzungen aufgewertet²⁵.

Ebert verstand sein Engagement in außenpolitischen Fragen als unerläßlichen Beitrag für die Stabilisierung der zerbrechlichen Republik von Weimar. Denn die im Friedensvertrag von Versailles unregelte Frage der Reparationen lastete schwer auf der Republik und drohte sie mehr als einmal gerade in den heiklen Jahren 1922 und 1923 aus den Angeln zu heben. Den politischen Schlüssel zur Bewältigung der reparationspolitischen Folgen des Weltkrieges erblickte der Reichspräsident dabei in den Vereinigten Staaten von Amerika. Ebert besaß ein feines Gespür für die außenpolitische Dimension, die der finanziellen Verflechtung zwischen amerikanischen Privatbanken und deren alliierten Schuldner in bezug auf eine solche Lösung anhaftete. Nicht zuletzt sein regelmäßiger Verkehr mit führenden Wirtschaftsvertretern, allen voran Hugo Stinnes²⁶, dürfte ihn darin bestärkt haben, daß der Zusammenhang zwischen den interalliierten Schulden und den Reparationsansprüchen an Deutschland der strategische Ansatzpunkt war, um reparationspolitischen Druck vom Deutschen Reich wegzunehmen und damit nicht nur dessen außenpolitische Handlungsfähigkeit, sondern vor allen Dingen die Überlebenschancen der jungen Republik zu erhöhen.

In diesem Sinne betrieb Ebert schon im Februar 1922 energisch die Ernennung des engen Krupp-Mitarbeiters Otto Wiedfeldt zum deutschen Botschafter in Washington und setzte sich sogar persönlich bei Gustav Krupp von Bohlen für die Freigabe von dessen Mitarbeiter für diesen Botschafterposten ein²⁷. Die sich daraus ergebende strategische Option für eine Westorientierung der deutschen Außenpolitik hatte allerdings mit erheblichen Widerständen bei den außenpoliti-

²⁵ Hierzu siehe *Walter Mühlhausen*, Das Büro des Reichspräsidenten in der politischen Auseinandersetzung, in: *Kolb*, Ebert 61–107, hier 83–85.

²⁶ Diese Kontakte sind bislang noch nicht systematisch verfolgt worden; wichtige Hinweise finden sich allerdings in der großen Darstellung von *Gerald D. Feldman*, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924 (München 1998) vor allem 773 und 791. Mit dem einflußreichen Ruhrindustriellen Hugo Stinnes dürfte sich der Reichspräsident im Monatsrhythmus getroffen haben.

²⁷ Bezeichnenderweise berief er sich dabei auch auf das übereinstimmende Urteil der Wirtschaftsführer: „Diese meine Auffassung wird von sehr vielen führenden Industriellen und Bankleuten des Reiches geteilt“: Ebert an Gustav Krupp von Bohlen, 24. Februar 1922, abgedruckt in: *Ernst Schröder*, Otto Wiedfeldt als Politiker und Botschafter der Weimarer Republik. Eine Dokumentation zu Wiedfeldts 100. Geburtstag am 16. August 1971, in: *Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen* 86 (1971) 193f.; im folgenden zitiert: *Schröder*, Wiedfeldt.

schen Eliten zu kämpfen. Ebert mußte daher den ohne sein Zutun erfolgten Abschluß des Vertrages von Rapallo mit Sowjet-Rußland (16. April 1922) als Schlag ins Gesicht auffassen, weil dieses Arrangement mit dem Ursprungsland der Weltrevolution ein aus seiner Sicht falsches Signal an die Adresse des Westens aussandte und dadurch die deutschen Erfolgchancen für eine befriedigende Regelung der Reparationsfrage ernsthaft beeinträchtigte²⁸. Die politische Brückierung²⁹ des Reichspräsidenten durch die deutsche Verhandlungsdelegation in Genua blieb nicht ohne Folgen. Denn Ebert nutzte die nächste sich bietende Gelegenheit, sich stärker denn je in die Außenpolitik einzuschalten mit dem einem Reichspräsidenten dafür zu Gebote stehenden Mittel der Personalauswahl: nämlich bei der Ernennung eines dem Reichspräsidenten außenpolitisch genehmen Nachfolgers jenes Reichskanzlers Wirth, der ein ausgesprochener Exponent der Rapallo-Politik gewesen war³⁰.

Und so muß denn Eberts Entscheidung für den bis dahin politisch kaum hervorgetretenen Direktor der HAPAG, Wilhelm Cuno, vor allem im Lichte dieses außenpolitischen Kalküls gesehen werden. Cuno sollte aufgrund der engen Geschäftsbeziehungen seines Unternehmens über den „Großen Teich“ vor allem die Kontakte in die USA pflegen und dort den Boden für eine politisch befriedigende Lösung der Reparationsfrage ebnen helfen³¹. Auch wenn sich Cuno mit dieser Aufgabe hoffnungslos überfordert zeigte, hatte die Bestellung eines Wirtschaftsführers und Amerikaexperten an die Spitze des Reichskanzleramtes für den Reichspräsidenten nichts von ihrer inneren Logik eingebüßt. Und daher war es nicht verwunderlich, daß Ebert nach dem Rücktritt von Cunos Nachfolger Stresemann ernsthaft mit einer Neuauflage eines von Fachministern geprägten Kabi-

²⁸ Eberts Reaktion auf den Vertragsabschluß von Rapallo wies genau auf diesen Zusammenhang hin: „Beurteile Lage in Einklang mit hiesigen maßgebenden Persönlichkeiten sehr ernst, insbesondere im Hinblick auf Reparationsfrage, in der man nach wie vor die Zentralfrage erblickt“: Telegramm Eberts an die deutsche Verhandlungsdelegation, 19. April 1922, abgedruckt in: *Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945*. Serie A: 1918–1925, Bd. 6 (Göttingen 1988) 139.

²⁹ Ebert hatte der deutschen Verhandlungsdelegation für Genua auf einer Sitzung des Ministerrates am 5. April 1922 noch eingeschärft, „daß, wenn in Genua konkrete Abreden in Frage ständen, die Delegation vorher mit ihm und den hiesigen Kabinettsmitgliedern sich verständigen müßte“: *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Wirth I und II*. Bd. 2 (Boppard 1973) 678.

³⁰ Zum Zerwürfnis zwischen Ebert und Wirth wegen dessen Ostorientierung vgl. die meinnungsfreudige Studie von *Heinrich Küppers*, Joseph Wirth. Parlamentarier, Minister und Kanzler der Weimarer Republik (Historische Mitteilungen, Beiheft 27, Stuttgart 1997) 163.

³¹ Wie wichtig Cunos Amerikabeziehungen für seine Ernennung zum Reichskanzler waren, geht u. a. hervor aus: *Ernst Schröder*, Wiedfeldt und die Seeckt-Ebertschen Direktoriumpäne des Jahres 1923, in: *Das Münster am Hellweg* 19 (1966) 129–141, hier 131; *Gerhard A. Ritter*, Der Kaiser und sein Reeder. Albert Ballin, die HAPAG und das Verhältnis von Wirtschaft und Politik im Kaiserreich und in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 42 (1997) 137–162, hier 158–161; *Hermann Josef Rupieper*, The Cuno Government and Reparations 1933–1923 (Studies in Contemporary History 1, Den Haag 1979) 15.

netts mit einem amerikaerfahrenen Experten an der Spitze liebäugelte. Einer der dafür vorgesehenen Kandidaten, Heinrich Albert, hatte schon in der Regierung Cuno als Schatzminister Regierungserfahrung sammeln können – und vor allen Dingen prädestinierten ihn seine USA-Kontakte für diese Aufgabe³².

Doch der Wunschkandidat Eberts war der von ihm höchstpersönlich als Botschafter für die USA ausgesuchte ehemalige Krupp-Direktor Otto Wiedfeldt. Wiedfeldt sollte als Kanzler und Außenminister einer Regierung angehören, die sich noch weiter als die Regierung Cuno gegenüber dem Parlament verselbständigen und die exekutiven Vollmachten bei sich konzentrieren sollte. Man kann die antiparlamentarische Stoßrichtung einer so angelegten Regierung – „ein kleines Kabinett mit Direktoriums-Charakter und Ausnahme-Vollmachten“³³ – aber nur nachvollziehen, wenn man zum einen die im November 1923 eskalierende schwere Existenzkrise³⁴ der Weimarer Republik, zum anderen die außenpolitische Ratio der Wiedfeldt-Lösung in Rechnung stellt. Denn getreu der Ebertschen Maxime, „Amerika aus seiner Lethargie Europa gegenüber zur Bewegung zu bringen“³⁵, personifizierte Wiedfeldt für den Reichspräsidenten die Idealbesetzung für diese vorrangige Aufgabe.

Allerdings erteilte Wiedfeldt dem Reichspräsidenten eine Absage, womit sich die Direktoriumspläne endgültig erledigten. Doch der Reichspräsident verfügte neben seinem Initiativrecht bei der Regierungsbildung noch über eine weitere Kernkompetenz, die er seit Ende 1922 mehr und mehr ausreizte: die Befugnis zum Erlass gesetzesvertretender Notverordnungen gemäß Artikel 48 Absatz 2 der Weimarer Reichsverfassung. Auch hier läßt sich konstatieren, daß Ebert von dieser Möglichkeit ohne Scheu kraftvollen Gebrauch machte und am Ende seiner Amtszeit nicht weniger als 136 dieser Notverordnungen unterzeichnet hatte. Aber auch hier gilt der Befund, daß der Einsatz dieses Instrumentes keineswegs das Verfassungsgefüge aus den Angeln heben und den Reichstag zu einem nebensächlichen

³² Heinrich Albert hatte von 1914 bis 1917 als Handelsattaché bei der deutschen Botschaft in den USA zugebracht, nach Kriegsende als Unterstaatssekretär und später als Staatssekretär in der Reichskanzlei das politische Geschäft von innen kennengelernt und war dabei in das Gesichtsfeld des Reichspräsidenten geraten. Nach dem Ende der Regierung Cuno 1923 profilierte sich Albert als einer der auf die USA spezialisierten deutschen Wirtschaftsanwälte, welche die wichtigsten Transaktionen amerikanischer Unternehmen in Deutschland abwickelten. Im Mai 1932 übernahm er für anderthalb Jahre die Generaldirektion des in Bremen angesiedelten Norddeutschen Lloyd; über ihn, der eine hochinteressante Karriere an der Schnittstelle von Wirtschaft und Politik machte, existieren bislang nur bruchstückhafte Informationen. Ein treffendes Kurzportrait in: Der neue Generaldirektor des Norddeutschen Lloyd, in: Der Ring 5 (1932) 348; vgl. auch die knappen Angaben in: Degeners, Wer ist's? (Berlin 1935) 11.

³³ Schreiben des Chefs der Heeresleitung, Generaloberst Hans von Seeckt, an Wiedfeldt, 4. November 1923, abgedruckt in: *Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Stresemann I und II*. Bd. 2 (Boppard 1978) 1215. Seeckt berief sich in diesem Schreiben ausdrücklich darauf, daß er „nicht nur mit Wissen, sondern auf Wunsch des Reichspräsidenten“ diese Anfrage an Wiedfeldt gerichtet habe, ebd.

³⁴ Dazu ausführlich Winkler, Stabilisierung 648–680.

³⁵ Ebert an Krupp von Bohlen, 24. Februar 1922, abgedruckt bei Schröder, Wiedfeldt 193.

Verfassungsorgan degradieren sollte. Die Stabilisierung eines angeschlagenen und mehr als verletzlichen Gemeinwesens war die oberste Prämisse der Handhabung der präsidialen Vollmachten. Ebert wußte sich hierbei einig mit den Reichsregierungen, auf deren Initiative hin der Reichspräsident seine Kompetenzen einsetzte – und er hütete sich bewußt davor, den Reichstag politisch zu entmündigen, indem er – wie es unter seinem Nachfolger Hindenburg ab Mitte 1930 mehrfach praktiziert wurde – vom Parlament bereits verworfene Gesetzesentwürfe mit Hilfe von Artikel 48 in Kraft setzte³⁶.

III.

In außergewöhnlichen Situationen schreckte Reichspräsident Ebert auch nicht vor dem Einsatz unkonventioneller Mittel zurück, um als Lebensretter der Republik zu fungieren. Aber Ebert verstand sich nicht nur als Nothelfer dieses Staatswesens. Er verfügte auch über ein strategisches Konzept, um dessen gesellschaftliches Fundament zu verbreitern: die Heranführung der gemäßigten Rechten an den neuen Staat. Damit trafen sich seine Intentionen mit denen des DVP-Vorsitzenden Gustav Stresemann, dem es gelang, seine Partei allmählich mit dem neuen Staatswesen so auszusöhnen, daß die Deutsche Volkspartei schon im Juni 1920 erstmals Regierungsverantwortung übernahm und überdies sich sogar unter dem Kanzler Stresemann für einige Monate im Sommer 1923 zum breitest möglichen Regierungsbündnis unter Einschluß der Sozialdemokratie in Form einer Großen Koalition verband.

Die Rolle des Reichspräsidenten als Brückenbauer schlug sich nicht allein auf dem Felde des Aushandelns von Koalitionen nieder. Mindestens ebenso wichtig war, daß der Reichspräsident sein Amt auch in symbolpolitischer Hinsicht zur Geltung brachte. Als überparteiliches Staatsoberhaupt war der Reichspräsident wie geschaffen dafür, in dieser kulturell so gespaltenen Gesellschaft gerade in den emotional enorm befrachteten Symbolfragen Integration anzustreben.

In der heiklen Flaggenfrage wurde Ebert bereits im April 1921 mit der Absicht initiativ, das alte und das neue Deutschland soweit wie möglich symbolpolitisch zu versöhnen. Denn er erließ am 11. April 1921 eine „Verordnung über die deutschen Flaggen“, welche auf der Basis strenger Parität zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot insgesamt zehn Flaggen festlegte, wobei die Nationalflagge und weitere Dienstflaggen allein auf Schwarz-Rot-Gold zurückgriffen, allerdings beispielsweise Handelsflagge oder Reichskriegsflagge auf den alten Farben beruhten³⁷. Dieses breite Flaggenangebot unter Einschluß der kaiserlichen

³⁶ Die intensivste Durchleuchtung dieser Frage bei: *Ludwig Richter*, Das präsidiale Notverordnungsrecht in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Friedrich Ebert und die Anwendung des Artikels 48 der Weimarer Reichsverfassung, in: *Kolb*, Ebert 207–257, insbesondere 255 ff.

³⁷ Vgl. die einschlägige Studie von *Bernd Buchner*, Um nationale und republikanische Iden-

Farben offerierte den emotional und kulturell noch in der Monarchie beheimateten Kräften eine symbolische Anschlußmöglichkeit an den neuen Staat.

Ebert wußte gleichfalls um das integrative Potential des Deutschlandliedes, welches er am 11. August 1922, am Verfassungstag, zur Nationalhymne der deutschen Republik erklärte. Damit traf er den emotionalen Nerv speziell der gemäßigten Rechten, für welche das Deutschlandlied ein Stück emotionale Heimat darstellte. Zugleich eignete es sich zur Anknüpfung an die deutsche Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts durch die besondere Hervorhebung der dritten Strophe und taugte damit auch für die demokratische Republik als symbolisches Aushängeschild³⁸. Speziell bei der Deutschen Volkspartei verfehlten diese symbolpolitischen Angebote ihren Zweck nicht. So erklärte der DVP-Parteivorsitzende Gustav Stresemann auf der Sitzung des Zentralvorstandes seiner Partei am 7. Juli 1923 im Namen seiner Partei: „Wir werden ihm [Reichspräsident Ebert, d. Verf.] nicht vergessen, daß er das Deutschlandlied zu unserem Nationallied gemacht hat. (lebhaft Zustimmung)“³⁹.

In dieses Integrationskalkül schloß der Reichspräsident sogar die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) ein, die sich seit 1924 zögerlich und in Schlangelinien der Republik anzunähern begann, ohne ihre systemsprengenden Ziele allerdings ad acta zu legen. Staatspolitisch dürfte Ebert dieses allmähliche Zugehen des preußisch-protestantisch geprägten Konservatismus auf den existierenden Staat begrüßt haben. Allerdings machte Ebert mit seinen präsidentialen Machtmitteln unmißverständlich klar, daß die Deutschnationalen nur dann regierungsfähig waren, wenn sie vor allen Dingen die außenpolitischen Fundamente nicht antasteten und von ihrer blinden Fundamentalopposition gegen den Versailler Vertrag abließen. Darin artikulierte der Reichspräsident zugleich die aus seiner Sicht überragende Bedeutung der außenpolitischen Stabilisierung der Republik insbesondere auf dem Feld der Reparationspolitik.

Der politische Lackmustest für die Regierungsfähigkeit der Deutschnationalen war denn auch ihre Haltung zur vorläufigen Regelung der Reparationsfrage, nämlich den Dawes-Gesetzen, die am 29. August 1924 im Reichstag zur Abstimmung

tität. Die deutsche Sozialdemokratie und der Kampf um die politischen Symbole in der Weimarer Republik (Politik- und Gesellschaftsgeschichte 57, Bonn 2001) hier 86–88.

³⁸ Vgl. ebd. 134–137.

³⁹ Stresemanns Äußerung findet sich in: *Eberhard Kolb, Ludwig Richter* (Bearb.), *Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933* (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe 3, Bd. 9, Düsseldorf 1999) 468; vgl. auch eine ähnlich lautende Aussage des Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion der DVP, von Campe, auf der Sitzung des DVP-Zentralvorstandes, 24. September 1922, ebd. 454. Stresemanns Nachruf auf Ebert hob genau auf diesen Punkt ab: „Die Zurückhaltung, mit der wir früher dem Reichspräsidenten gegenüberstanden ..., schmolz an jenem 11. August dahin, als der Reichspräsident den Entschluß faßte, das *Deutschlandlied* aus der parteipolitischen Fehde herauszuheben und es wieder zum Liede der Deutschen zu machen“: dieser Nachruf in: *Gustav Stresemann, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden*, Bd. 2 (Berlin 1932) 40; im folgenden zitiert: *Stresemann, Vermächtnis*.

standen und deren Herzstück, das Reichsbahngesetz, eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit benötigte. Die stärkste dem Reichspräsidenten hier zu Gebote stehende Waffe, um die Deutschnationalen, die nach der Reichstagswahl vom 4. Mai 1924 mit Hilfe von Abgeordneten des Landbundes erstmals zur stärksten Reichstagsfraktion avanciert waren, auf staatspolitischen Kurs zu zwingen, war seine Drohung mit der Auflösung des Reichstages. Diese gezielte Anwendung des Druckmittels Reichstagsauflösung verfehlte ihre Wirkung nicht und dürfte nicht unmaßgeblich dazu beigetragen haben, daß ein genügend großer Teil der Deutschnationalen am 29. August 1924 den Dawes-Gesetzten zur Annahme verhalf⁴⁰. Damit war zugleich Eberts Kalkül aufgegangen, ein ökonomisches Eigeninteresse führender Wirtschaftskreise in den USA an Deutschland zu wecken⁴¹. Nach diesen Vorgaben lag es durchaus auf der Linie Eberts, daß in dem zwölften Kabinett seiner Amtszeit, in dem am 15. Januar 1925 gebildeten Kabinett unter dem parteilosen Reichskanzler Hans Luther, erstmals auch deutschnationale Minister – und zwar in der ansehnlichen Zahl von gleich dreien – vertreten waren. Und weil sich die Parteien wieder einmal aus eigener Kraft nicht auf eine Regierung hatten verständigen konnten, bedurfte es des heilsamen Drucks des Reichspräsidenten, damit dieses Kabinett gebildet werden konnte. Speziell Zentrumspartei und DVP warteten förmlich darauf, daß der Reichspräsident in die Bresche sprang – der von den Parteien zu entrichtende Preis bestand darin, daß Ebert einen parteilosen Fachmann mit der Regierungsbildung beauftragte, der ganz im Sinne Eberts danach trachtete, die Position der Regierung gegenüber den Koalitionsfraktionen aufzuwerten⁴².

IV.

Alles in allem hat Ebert seine präsidentialen Befugnisse auf jenen Politikfeldern energisch eingebracht, von denen das Überleben des neuen Staates abhing und auf denen bislang keine oder nur ungenügende Erfahrungen gesammelt worden waren. Das mühsame Geschäft der Regierungsbildung unter maßgeblicher Beteiligung der Parteien, das im Kaiserreich nie trainiert worden war, funktionierte ohne präsidentiale Anschubhilfe selten. Und auch das außenpolitische Engagement des Reichspräsidenten diente dazu, daß das Deutsche Reich sich auf einem ungewohnten Terrain – der Bewältigung eines verlorenen Krieges – allmählich zurecht fand.

⁴⁰ Die Wirkung der Auflösungsvollmacht des Reichspräsidenten betont *Michael Stürmer*, *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 36, Düsseldorf 1967) 67 f.; im folgenden zitiert: *Stürmer*, *Koalition*.

⁴¹ Zur USA-Komponente des Dawes-Abkommens generell vgl. *Peter Krüger*, *Die Außenpolitik der Republik von Weimar* (Darmstadt 21993) 243–247.

⁴² Vgl. *Stürmer*, *Koalition* 84–89 sowie *Hoppe*, *Parlamentarische Demokratie* 144–149.

Doch waren seiner Präsidialgewalt aus drei Gründen Grenzen gesetzt, die dann besonders ins Auge springen, wenn man sie mit den erweiterten Handlungsspielräumen seines Amtsnachfolgers Hindenburg vergleicht. Die erste Grenze war eine selbstgezogene – er überließ die bewaffnete Macht weitgehend sich selbst und schöpfte nicht auch nur annähernd die aus dem präsidialen Oberbefehl über die Streitkräfte erwachsenden Möglichkeiten aus. Aufgrund seiner lebensweltlichen Ferne zum Militär verordnete sich Ebert hier äußerste Zurückhaltung und ließ dafür den Chef der Heeresleitung, Generaloberst von Seeckt, weitgehend unbelehrt schalten und walten⁴³.

Wichtiger war jedoch, daß der Ebertschen Reichspräsidentschaft jene direktdemokratische Legitimation ermangelte, welche einem volksgewählten Reichspräsidenten eine vom Parlament und damit den politischen Parteien unabhängige Legitimationsquelle verschaffte, von der aus ein mit plebiszitärem Öl gesalbter Reichspräsident die in der Weimarer Verfassung angelegten Formen der repräsentativen Demokratie beschneiden konnte⁴⁴. Ebert hatte sein Amt nicht durch Volkswahl, sondern aus den Händen des Parlamentes und damit der darin den Ausschlag gebenden Parteien empfangen. Am 11. Februar 1919 hatte ihn die Nationalversammlung mit großer Mehrheit zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt. Die in Artikel 41 der Reichsverfassung vorgesehene Volkswahl blieb ihm verwehrt, weil der Reichstag mit verfassungsändernder Zweidrittelmehrheit am 24. Oktober 1922 seine Amtszeit auf parlamentarischem Wege bis zum 30. Juni 1925 verlängert hatte.

Ebert hingegen hatte seit 1920 verstärkt auf eine Volkswahl gedrängt, um die Stellung des Reichspräsidenten gegenüber den Parteien zu stärken und einen Anspruch auf Weisungsbefugnis begründen zu können. Doch schwangen sich die Parteien zu Herren des Verfahrens auf, indem sie Ebert die Volkswahl verweigerten und in eigener Machtbefugnis auf parlamentarischem Wege eine Verlängerung der Amtszeit des noch von der Nationalversammlung gewählten Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 beschlossen. Die Parteien konnten die Steuerung des Verfahrens zur Reichspräsidentenwahl in Eigenregie betreiben, weil sie mit dem Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten (4. Mai 1920) die Entscheidung über den Termin einer Volkswahl des Reichspräsidenten in die Zuständigkeit des Reichstags und nicht des vorläufigen Reichspräsidenten gelegt hatten⁴⁵.

⁴³ Dazu grundlegend *Heinz Hürten*, Reichspräsident und Wehrpolitik. Zur Praxis der Personalauslese, in: *Kolb*, Ebert 189–206, vor allem 205; siehe auch das Schreiben des Obersten und späteren Feldmarschalls Erich von Manstein an seine Frau, 18. Februar 1924 (Privatbesitz).

⁴⁴ Auf das in der Weimarer Reichsverfassung angelegte Spannungsverhältnis zwischen plebiszitären und repräsentativen Demokratievorstellungen geht ausführlich ein *Gusy*, Weimarer Reichsverfassung, u. a. 90 ff.

⁴⁵ Hierzu ausführlich *Eberhard Kolb*, Friedrich Ebert: Vom „vorläufigen“ zum definitiven Reichspräsidenten. Die Auseinandersetzung um die „Volkswahl“ des Reichspräsidenten 1919–1922, in: *Kolb*, Ebert 109–156, insbesondere 140–146; im folgenden zitiert: *Kolb*, Volkswahl. Vgl. auch die aufschlußreiche Äußerung des Reichskanzlers Wirth auf der Kabinettsitzung vom 21. Juni 1922: Ebert dränge darauf, seine Wahl zum endgültigen Reichsprä-

Zudem wurde das am 24. Oktober 1922 vom Reichstag angenommene verfassungsändernde Gesetz auch Gegenstand eines typisch parteipolitischen Tauschgeschäfts, das vor allen Dingen von Gustav Stresemann und seiner Deutschen Volkspartei angestoßen wurde. Gegen den erklärten Willen Eberts verwehrten ihm die Parteien die plebiszitäre Legitimation, indem sie den Reichstag und damit die politischen Parteien zum Souverän über die Besetzung des Präsidentenamtes erhoben⁴⁶. Für die Deutsche Volkspartei war die Zustimmung zu diesem Gesetz die Eintrittskarte in die nächste Reichsregierung – und dieses Kalkül ging nach dem Sturz der Regierung Wirth auch auf⁴⁷.

Bei Stresemann verbargen sich dahinter allerdings nicht nur parteitaktische, sondern auch prinzipielle Erwägungen. Denn Stresemann verkörperte den Typus des Parteipolitikers, der sich als Gegengewicht zur Präsidialgewalt verstand und deswegen alles in seiner Macht Stehende unternahm, um die Stellung der Parteien und damit auch die der von den Parteien in die jeweiligen Regierungen abgesandten Minister gegenüber dem Reichspräsidenten zu stärken. In konsequenter Fortsetzung dieser Einstellung setzte Stresemann bei der nach Ablauf der Amtszeit Eberts fälligen ersten Volkswahl eines Reichspräsidenten (die durch den plötzlichen Tod des Amtsinhabers um einige Wochen vorgezogen werden mußte) alle Hebel in Bewegung, um das Verfahren der Kandidatenauswahl nicht aus den Händen der Parteien und insbesondere seiner Partei zu geben.

Nicht zuletzt deswegen forcierte Stresemann energisch die Kandidatur seines Parteifreundes Jarres für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl, der von einem Ausschuß rechtsgerichteter Parteien und Organisationen (Loebell-Ausschuß) nominiert wurde und am 29. März 1925 mit 38,8% der abgegebenen Stimmen ein durchaus respektables Ergebnis einfuhr, mit dem er fast 10% vor dem zweitplazierten Kandidaten lag. Aber mit der Aufstellung von Jarres hatte Stresemann zugleich eine mögliche Sammelkandidatur aller bürgerlichen Kräfte (BVP, DVP, DDP und Zentrum) verhindert, die nahe daran gewesen waren, sich auf die Person des der DDP angehörenden Reichswehrministers Otto Geßler zu verständigen. Stresemann torpedierte durch sein Veto die Nominierung Geßlers⁴⁸ und damit die nahezu sichere Wahl dieses Kompromißkandidaten zum Reichs-

sidenten nicht „länger hinauszuschieben. Es müsse aber darauf gesehen werden, daß in dieser Frage die Regierung die Initiative behalte“. Der Reichskanzler regte daher an, diese Frage zum Gegenstand von Besprechungen der Parteiführer zu machen: *Die Kabinette Wirth* 894.

⁴⁶ Vgl. insbesondere die in dieser Hinsicht mehr als aufschlußreiche Stellungnahme Stresemanns auf der entscheidenden Parteiführerbesprechung vom 16. Oktober 1922: „Verantwortung trüge der Reichstag, nicht der RP [Reichspräsident, d. Verf.], von dem man wisse, daß er die Neuwahl angestrebt habe“, ebd. 1128. Die SPD konnte sich mit ihrem Vorstoß zugunsten einer Volkswahl Eberts gegenüber den anderen Parteien nicht durchsetzen.

⁴⁷ Hierzu ausführlich *Kolb*, Volkswahl, insbesondere 148–155.

⁴⁸ Vgl. dazu die entsprechenden Dokumente in *Stresemann*, Vermächtnis, Bd. 1, 43–46; siehe auch die korrekte Darstellung des Betroffenen: *Otto Geßler*, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit (Stuttgart 1958) 335; im folgenden zitiert: *Geßler*, Reichswehrpolitik. Vgl. weiterhin *Heiner Möllers*, Reichswehrminister Otto Geßler (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, 794, Frankfurt 1998) 296–300; im folgenden zitiert: *Möllers*, Geßler.

präsidenten. Aber auch gegenüber der nun vom Loebell-Ausschuß favorisierten Präsentation eines neuen Kandidaten, dessen Mythos die für einen Wahlsieg erforderliche Mobilisierung der unentschlossenen Wähler bewirken sollte, stand Stresemann aus denselben prinzipiellen und parteitaktischen Gründen ablehnend gegenüber: Den Rechtsparteien sollte nicht die Kontrolle über das Reichspräsidentenamt dadurch entgleiten, daß sie den Volkshelden Hindenburg aufstellten, obschon dieser zweifellos wesentlich bessere Wahlchancen als Jarres besaß.

Folglich hat Stresemann mit allen ihm zu Gebote stehenden subtilen Mitteln auf Hindenburg persönlich einzuwirken versucht, daß dieser seine Bereitschaft zur Kandidatur zurückzog – und fast hätten diese Störmanöver auch den erwünschten Erfolg gebracht. Stresemann bot im Loebell-Ausschuß alle seine Bataillone gegen die Hindenburg-Kandidatur auf⁴⁹ und ließ sogar den Hindenburg besonders nahestehenden Hannoveraner Stadtdirektor Heinrich Tramm intervenieren, der Hindenburgs weiche Stellen aus langjährigem Kontakt bestens kannte und durch einen Besuch in Hindenburgs Haus am 6. April 1925 den innerlich zögernden Generalfeldmarschall fast noch umgestimmt hätte⁵⁰.

Unter systematischen Gesichtspunkten betrachtet verkörpert Stresemann den konkurrierenden Gestaltungsanspruch des Parteiführers, der unabdingbar ist, damit parlamentarische Gewalt auf der einen und präsidiale Gewalt auf der anderen Seite sich die Balance halten. Mit seinem ausgeprägten Machtinstinkt, gepaart mit Verantwortungsgefühl für das Staatswesen, überschritt Stresemann die ansonsten von den Milieupolitikern selbst gesetzten Grenzen taktischer Beweglichkeit. Solange dem Reichspräsidenten auf Seiten der Parteien ein ebenbürtiger Gegenspieler gegenüberstand, waren der Präsidialgewalt unter den Bedingungen eines halbwegs funktionierenden Parlamentarismus bestimmte Grenzen gesetzt – dies galt für die Reichspräsidenschaft Eberts ebenso wie die Hindenburgs.

Stellt man diese Grenzen der Ausübung der Präsidialgewalt in Rechnung, dann wird man Ebert geradezu als Idealbesetzung für das Amt des Reichspräsidenten in einer zerrissenen und fragmentierten Gesellschaft einstufen können⁵¹. Angesichts

⁴⁹ Sehr eindrückliche Schilderung dieser Vorgänge im 14seitigen Erfahrungsbericht des am Zustandekommen der Hindenburg-Kandidatur beteiligten deutschnationalen Landtagsabgeordneten Schlang-Schöningen, 7. September 1926, Fundort: Nachlaß Otto von Feldmann (in Privathand). Der Hindenburg persönlich nahestehende Otto von Feldmann, Vorsitzender des DNVP-Landesverbandes Hannover, trug systematisch alle ihm zugänglichen Quellen über die Genese der Hindenburg-Kandidatur zusammen; diese flossen weitgehend ein in die Schilderung bei: *Dieter von der Schulenburg*, *Welt um Hindenburg*. Hundert Gespräche mit Berufenen (Berlin 1935) 57–68. Diese Quelle wird nicht ausgeschöpft in der ansonsten weitgehend zuverlässigen Darstellung von *Hanns-Jochen Hauss*, *Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten* (Kallmünz 1965) hier 93–101 zu den Störmanövern der DVP.

⁵⁰ Näheres hierzu in dem Erfahrungsbericht Schlanges und in einer „Aufzeichnung des Landrats Clemens Grafen von Wedel in Hannover über die Vorgänge vor der Reichspräsidentenwahl des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg“, die ebenfalls für die Dokumentensammlung Feldmanns bestimmt war; Fundort: Nachlaß Otto von Feldmann; siehe auch die knappen Angaben bei *Hauss*, ebd. 95.

⁵¹ An dieser Stelle müßte die anderslautende Einschätzung bei *Lehnert*, *Weimarer Republik* 273, korrigiert werden.

ihrer politischen und soziokulturellen Handicaps verlangte die Weimarer Republik nach einem starken Reichspräsidenten, der mit Augenmaß seine Kompetenzen immer dort zur Geltung brachte, wo es um die Herstellung eines möglichst breiten Konsenses und den Ausgleich politischer Gegensätze ging. Als ein solcher Schiedsrichter und Moderator hat sich Ebert mit beträchtlichem Erfolg profiliert – und diese Integrationsaufgabe erforderte, daß er auch seine politische Herkunftswelt hinter sich ließ. Ebert gelang im Unterschied zu den allermeisten Weimarer Politikern die politische Verpuppung vom Milieupolitiker zum Staatsmann, auf den seine Partei keine exklusiven Besitzansprüche mehr anmelden konnte, weil er in den Besitz des ganzen Staates übergegangen war.

V.

Mit dem Amtsantritt Paul von Hindenburgs im Jahre 1925 hielt eine grundlegende qualitative Veränderung der Präsidialgewalt Einzug, die man auf den Begriff „Charismatisierung der Präsidialgewalt“ bringen kann. Denn mit dem Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg wählte die Mehrheit des deutschen Volkes bei der ersten Volkswahl des Reichspräsidenten einen Mann in das höchste Amt der Republik, der seit seinem Sieg von Tannenberg im Sommer 1914 zu einem lebenden Mythos geworden war und diese mythische Übersteigerung seiner Person im Ersten Weltkrieg gezielt zu genuin politischen Zwecken ausgebeutet hatte. Hindenburgs Charisma beruhte in erster Linie darauf, daß er die integrativen Erwartungen einer gespaltenen Gesellschaft wie ein Schwamm aufsog und sich als ideale Projektionsfläche für einen ganzen Satz kollektiv geteilter sinnstiftender Zuschreibungen auch durch eine geschickte Selbstinszenierung anbot⁵². Hindenburg konnte in diese Funktion einer symbolischen Repräsentation der fragilen nationalen Identität schlüpfen, weil er seit Tannenberg nicht zuletzt durch eigenes Zutun mythisch überhöht wurde⁵³. Dieser Mythos erwies sich als eine überaus zählebige, allen Legendenzerstörungen trotzen- de identitätsstiftende Kraft⁵⁴ und damit als die eigentliche Ressource von Hindenburgs politischer Herrschaft.

⁵² Im einzelnen hierzu mit einer Fülle von Belegen *Pyta*, Hindenburg; zusätzliche Anregungen vor allem in der kaum beachteten Abhandlung des Soziologen Theodor Geiger: *Theodor Geiger, Führer und Genie*, in: Kölner Vierteljahrshefte für Soziologie 6 (1926/27) 232–247; zur Bedeutung der medialen Inszenierung siehe auch: *Jürg Häusermann* (Hrsg.), *Inszeniertes Charisma. Medien und Persönlichkeit* (Tübingen 2001) vor allem 1–10; die Deutung Hindenburgs als charismatischer Herrscher findet sich vereinzelt in der Literatur, wird dort aber nicht systematisch expliziert, siehe dazu u. a. *Annelise Thimme*, *Flucht in den Mythos. Die Deutschnationale Volkspartei und die Niederlage von 1918* (Göttingen 1969) 87f. sowie die anregende Studie von *Harald Zawn*, *Paul von Hindenburg und die deutsche Außenpolitik 1925–1934* (Köln 1999) 543; im folgenden zitiert: *Zawn*, Hindenburg.

⁵³ Siehe zur Genese des Hindenburgmythos und dessen Perpetuierung auch die vom Verfasser betreute Dissertation von Jesko von Hoegen.

⁵⁴ Der Verfasser verdankt hier wesentliche Anregungen jener Spielart von Kultursoziologie, die den kulturellen Wurzeln kollektiver Identität auf den Grund geht und dabei die anson-

Insofern kehrte Hindenburg zu seinen ureigensten Wurzeln zurück, als er 1925 im zweiten Wahlgang für das höchste Staatsamt kandidierte und nach seinem Wahlsieg zunächst für sieben Jahre das Amt des Reichspräsidenten bekleidete. Damit erfuhr das Amt des Reichspräsidenten eine gewaltige politische Aufladung, weil die Person Hindenburg nun auch extralegale Herrschaftsressourcen erschließen konnte, die in Kombination mit seiner ohnehin starken verfassungsmäßigen Position diesem Reichspräsidenten politische Durchsetzungschancen verliehen, die ganz einzigartig waren. Eine solche Potenzierung der Präsidialgewalt mußte tief in das Verfassungsgefüge eingreifen und konnte nicht ohne schwerwiegende Folgen für das Zusammenspiel der Institutionen bleiben. Insofern stellte sich ab Frühjahr 1930, als die Präsidialgewalt sich immer massiver bemerkbar machte, eine Schieflage der Institutionen ein, die eine Entwicklung beschleunigte, in der die politische Gewalt sich immer stärker beim Reichspräsidenten konzentrierte, ohne daß allerdings der Reichstag gänzlich zur Bedeutungslosigkeit verurteilt war. Diese Entwicklung wies speziell seit der zweiten Hälfte des Jahres 1932 viele Anzeichen dafür auf, daß das Deutsche Reich eine Transformation hin zu einem präsidialen Regierungssystem erleben würde. Doch – und dies ist der entscheidende Punkt – gelangte diese Tendenz nicht zur vollen Reifung, da Hindenburg sich am 30. Januar 1933 just gegen eine auf die Autorität der Reichswehr gestützte Präsidialherrschaft entschied und mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler die oberste politische Gewalt freiwillig und aus einem sehr persönlichen Kalkül heraus an eine politische Massenbewegung und deren „Führer“ abtrat.

VI.

Im folgenden soll und kann es nur darum gehen, die wichtigsten Etappen dieser Entwicklung abzuschreiten, wobei eine Selbstbeschränkung auf die großen Linien geboten ist, die für ein systematisches Abklopfen der in Hindenburgs Herrschaft steckenden Möglichkeiten bezeichnend sind.

Die erste Phase von Hindenburgs Amtsführung als Reichspräsident ist geprägt von einem allmählichen Herantasten an das Potential dieses Amtes. Gewiß wurden die Möglichkeiten dieses Amtes zunächst einmal dadurch in die Formen legaler Herrschaftsausübung gelenkt, daß Hindenburg einen Eid auf die Weima-

sten kaum thematisierte Funktion mythischer Gestalten hervorhebt. In erster Linie sind dabei zu nennen die Studien von Bernhard Giesen, insbesondere: *Bernhard Giesen*, Kollektive Identität. Die Intellektuellen und die Nation 2 (Suhrkamp Wissenschaft 1410, Frankfurt 1999) sowie *ders.*, Voraussetzung und Konstruktion. Überlegungen zum Begriff der kollektiven Identität, in: *Cornelia Bohn, Herbert Willems* (Hrsg.), Sinngeneratoren. Fremd- und Selbstthematisierungen in soziologisch-historischer Perspektive (Konstanz 2001) 91–110. Daneben verdankt der Verfasser befruchtende Impulse verschiedenen Studien von Hans-Georg Soeffner, vor allem: *Hans-Georg Soeffner, Dirk Tänzler*, Figurative Politik. Prelegomena zu einer Kultursoziologie politischen Handelns, in: *dies.* (Hrsg.), Figurative Politik (Opladen 2002) 17–33.

rer Verfassung geschworen hatte – und zwar gleich in doppelter religiöser Formel⁵⁵. Da Hindenburg als religiöser Mensch sich an diese Eidesformel gebunden fühlte⁵⁶, konnte man von ihm folglich nicht erwarten, daß er unter Rückgriff auf seine charismatischen Potenzen diese Verfassung einfach würde umstürzen wollen. Dies war aber für einen Verfassungswandel auch gar nicht erforderlich, weil in der Weimarer Verfassung erhebliche Gestaltungsmöglichkeiten für die Präsidialgewalt schlummerten, die bei intensiver Ausschöpfung auch zu einer intrakonstitutionellen Transformation hin zu einem Präsidialsystem hätten führen können⁵⁷.

Zudem fehlte Hindenburg immer der tiefere Sinn für den demokratischen Gehalt des Reichstags als Spiegelbild der deutschen Gesellschaft. Hindenburgs Verfassungsverständnis war ein rein formalistisches, was sich allein daraus ablesen läßt, daß Hindenburg vor seiner Vereidigung die Textausgabe der Weimarer Verfassung gewissermaßen nach dem Freund-Feind-Schema durcharbeitete. Er strich mit den beim Militär üblichen Farbstiften die entsprechenden Passagen der Weimarer Verfassung an: Mit Blaustift diejenigen Passagen, in denen der Reichspräsident vorkam – mit Rotstift die Gegenpartei, worunter er Reichstag und Reichsregierung verstand⁵⁸.

Dies ist mehr als nur eine Anekdote, weil hier das Politikverständnis Hindenburgs mit Händen zu greifen ist: Hindenburg war kein Staatskonservativer, dessen Denken ganz auf den Staat fixiert war und welcher das Volk als politisches Handlungssubjekt ausgeblendet hätte. Da er seinen phänomenalen politischen Aufstieg gerade seiner plebiszitären Verankerung verdankte, war seinem Staatsverständnis ein Begriff des Politischen vorgelagert, der das Volk in einem strikt antipluralistischen Verständnis zum Träger des politischen Willens deklarierte⁵⁹. Demnach

⁵⁵ Hindenburg hatte dem in Artikel 42 der Reichsverfassung vorgeschriebenen Amtseid des Reichspräsidenten bei seiner Vereidigung am 12. Mai 1925 eine doppelte religiöse Beteuerung beigefügt: Einmal schwor er „bei Gott“, daß er die Verfassung des Reiches wahren werde, und fügte am Schluß noch die Bekräftigung hinzu „So wahr mir Gott helfe“; vgl. dazu u. a. den Bericht „Der Tag des Schwurs“, in: *Der Tag*, Nr. 114, 13. Mai 1925.

⁵⁶ Hindenburg selbst hat die Bindekraft des Verfassungseides wiederholt bekräftigt, so etwa in einem vertraulichen Schreiben an den ihm politisch wie menschlich besonders nahestehenden General August von Cramon, 1. Dezember 1929, Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Cramon, Nr. 22, Blatt 20; vgl. auch die glaubwürdigen Schilderungen von Personen, die dienstlich wie persönlich mit dem Reichspräsidenten verkehrten: *Heinrich Brüning*, *Memoiren 1918–1934* (Stuttgart 1970) 161; im folgenden zitiert: *Brüning*, *Memoiren* sowie *Elard von Oldenburg-Januschau*, *Erinnerungen* (Leipzig 1936) 219.

⁵⁷ Der wichtigste Protagonist dieser Konzeption war Hindenburgs letzter Kanzler einer reinen Präsidialregierung, General Kurt von Schleicher; vgl. dazu *Wolfram Pyta*, *Konstitutionelle Demokratie statt monarchischer Restauration. Die verfassungspolitische Konzeption Schleichers in der Weimarer Staatskrise*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 47 (1999) 417–441.

⁵⁸ So die entsprechende Schilderung Hindenburgs gegenüber seinem späteren Reichskanzler Wilhelm Marx, wiedergegeben bei *Eugen Mayer*, *Skizzen aus dem Leben der Weimarer Republik* (Berlin 1962) 76.

⁵⁹ Insofern trifft für Hindenburg das klassische Diktum Carl Schmitts zu: „Der Begriff des Staates setzt den Begriff des Politischen voraus“; *Carl Schmitt*, *Der Begriff des Politischen*. Mit einer Rede über das Zeitalter der Neutralisierungen und Entpolitisierungen (München

konnte das Volk seinen politischen Willen nur als Einheit artikulieren, woraus erhebliche politische Konsequenzen erwuchsen. Die Parteien und auch der Reichstag als vornehmstes Aktionsfeld der Parteien erschienen als destruktive Elemente, die den postulierten homogenen Volkswillen durch ihr eigensüchtiges Auftreten zerreißen würden⁶⁰. Diese antipluralistische Grundeinstellung ließ in Hindenburg eine Grundstimmung reifen, die den zivilisatorischen und verfassungspolitisch gebotenen Wert des Kompromisses als Ausgleich divergierender Interessengegensätze mit Ablehnung strafte. Dieser Reichspräsident vermochte allerhöchstens in ein kühl-geschäftsmäßiges Verhältnis zu Reichstag und Reichsregierung zu treten – mental immer auf dem Sprung nach einer Lösung, die jenseits des Geistes der Weimarer Reichsverfassung die Einheit des Volkes zu verbürgen schien. „Ich hasse den Kompromiß. Preußen hat Schwarz und Weiß, kein Grau“⁶¹ – auf diese eingängige Formel hat Hindenburg in der ersten Phase seiner Amtszeit gegenüber einem Vertrauten einmal seine innere Einstellung zum Pluralismus gebracht. Hindenburg traf damit aber auch den Nerv weiter Kreise der deutschen Gesellschaft, insbesondere des Bürgertums, die von der Leitvorstellung eines politisch geeinten Volkes nicht lassen wollten, weil ihre Vorstellung von Nation eine solche Homogenität einschloß⁶². Indem sich Reichspräsident Hindenburg zum Anwalt eines solchen holistischen Politikverständnisses machte, wurde er zum Auffangbecken der in so reichem Maße vorhandenen gesellschaftlichen Abneigung gegen eine pluralistische Parteiendemokratie. Diese Konstellation erklärt, warum der Übergang zur Präsidialdemokratie seit 1930 einen solchen Widerhall in nahezu allen Kreisen des politisch organisierten Bürgertums fand.

In den ersten fünf Jahren seiner Amtszeit bis zum Frühjahr 1930 blieb diese Grundeinstellung allerdings nur eine mächtige Unterströmung von Hindenburgs politischem Agieren, wofür vor allem drei Ursachen maßgeblich sind. Zum einen taktierte die politische Rechte denkbar unklug, weil sie Hindenburg durch pene-

1932) 7; wie sehr Schmitt mit dieser Aussage das Volk als Garanten politischer Einheit gegen den Staat ausspielt, hat vor allem Ulrich Preuß nachgewiesen: *Ulrich K. Preuß*, Carl Schmitt – Die Bändigung oder die Entfesselung des Politischen?, in: *Rüdiger Voigt* (Hrsg.), *Mythos Staat* (Baden-Baden 2001) 141–167.

⁶⁰ Hindenburgs Ablehnung des Parlamentarismus als Ausdruck gesellschaftlicher Zerrissenheit kommt u.a. in einem Schreiben an den damaligen Verkehrsminister Groener vom 18. Oktober 1921 zum Vorschein: BA-MA Freiburg, Nachlaß Groener, N 46/ 37, Bl. 36 ff.; Groeners wesentlich unvoreingenommene Haltung gegenüber dem Parlamentarismus ist ersichtlich aus einem Schreiben an Hindenburg, 1. November 1923, abgedruckt bei: *Reginald H. Phelps*, Aus den Groener-Dokumenten, in: *Deutsche Rundschau* 76 (1950) 741 f.

⁶¹ Diese Äußerung ist überliefert durch Hindenburgs „Leibmaler“ Hugo Vogel, den seit 1915 ein besonders enges Vertrauensverhältnis mit Hindenburg verband: *Hugo Vogel*, *Erlebnisse und Gespräche mit Hindenburg* (Berlin 1935) 66.

⁶² Repräsentativ ist die antipluralistisch ausgerichtete Demokratiekonzeption vieler Weimarer Staatsrechtslehrer, vgl. hierzu *Gusy*, Weimarer Reichsverfassung 91 sowie den von Gusy herausgegebenen Tagungsband: *Christoph Gusy* (Hrsg.), *Demokratisches Denken in der Weimarer Republik* (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat 16, Baden-Baden 2000) darin insbesondere den Beitrag von *Oliver Lepsius*, Staatstheorie und Demokratiebegriff in der Weimarer Republik 366–414.

trante Einwirkungen auf einen bestimmten Kurs festlegen wollte. Sie erreichte hierbei nicht selten das Gegenteil ihrer Absichten, weil Hindenburg keine Eingriffe von außen in seine Herrschaftsrechte duldete, auch wenn sie von ihm nahestehenden Kreisen kamen. Wenn seine alten Kameraden, darunter auch die wenigen mit ihm auf freundschaftlichem Fuß verkehrenden Personen wie Feldmarschall Mackensen oder General Cramon, ihn auf aufdringliche Weise dazu bewegen wollten, vor allen Dingen die Außenpolitik zugunsten eines intransigenten Anti-Versailles-Kurses umzupolen, reagierte Hindenburg auf diese Belehrungen mit kühler, ja manchmal sogar barscher Ablehnung. Mit Hindenburgs Herrschernatur, die ihr Selbstbewußtsein aus der plebiszitären Verankerung speiste, waren solche Belehrungen nicht vereinbar – entsprechend ungnädig fielen denn auch die Reaktionen Hindenburgs auf die Vorhaltungen seiner alten Kameraden aus⁶³.

Zudem verfielen auch die Appelle an das soldatische Herz des Reichspräsidenten nicht. Als am 11. Oktober 1929 zweiundzwanzig ehemalige kaiserliche Generale und Admirale genau diese soldatische Solidarität von Hindenburg einklagten, stellte sich Hindenburg auf diesem Ohr taub, weil er sich als originärer Politiker verstand und daher den gewiß ungeliebten Young-Plan von einer genuin politischen Warte aus zu beurteilen hatte. Insofern lautet auch der Schlüsselsatz in seiner vertraulichen Antwort an den Wortführer dieser Eingabe, den Admiral von Schröder, vom 4. November 1929: „Ich gebe zu, daß Gefühl und soldatisches Empfinden angesichts der jahrelangen Demütigungen und Bedrängungen durch unsere Kriegsgegner das Nein und den Widerstand als das allein richtige bezeichnen; kühle Erwägung und das Verantwortungsgefühl für die Nation und ihre Zukunft müssen aber unter Zurückstellung aller persönlichen Empfindung wohl zu dem anderen Wege führen.“⁶⁴

Der dritte Faktor besteht darin, daß der Entfaltungsspielraum des Reichspräsidenten Hindenburg durch Stresemann eingeschränkt wurde. Stresemann pochte nicht nur in der Außenpolitik auf die Prärogative des Fachministers, so daß sich Hindenburg aufs Ganze gesehen den sachlich begründeten Argumenten des Reichsaußenministers fügte⁶⁵ und seine Amtsautorität im Bereich der Personalpolitik darin auslebte, daß er etwa bei der Besetzung von Botschafterposten Nebenkriegsschauplätze eröffnete, bei denen er gegenüber dem Außenminister

⁶³ Wie ungehalten Hindenburg reagieren konnte, wird beispielsweise aus einem Schreiben Cramons an Mackensen, 16. November 1925, ersichtlich, BA-MA Freiburg, Nachlaß Mackensen, N 39/59, Bl. 5.

⁶⁴ Hindenburg an Admiral von Schröder, 4. November 1929, abgedruckt bei *Hubatsch*, Hindenburg 294–299, hier 298; vgl. auch ein weiteres Schreiben Hindenburgs an den nachbohrenden Admiral, 3. März 1930, Abschrift in: BA-MA, Nachlaß Mackensen, N 39/270, Bl. 27–49.

⁶⁵ So billigte Hindenburg trotz anfänglicher Bedenken die Locarno-Politik Stresemanns, behielt sich aber ungeachtet dessen das Recht vor, den deutschen Botschafter in Moskau, der zu den Kritikern der Locarno-Politik zählte, weiterhin zu Immediatvorträgen zu empfangen, vgl. Hindenburg an Stresemann, 28. November 1925, abgedruckt in *Hubatsch*, Hindenburg 219f.

seinen Herrschaftsanspruch herauskehren konnte⁶⁶. Wichtiger ist, daß es Stresemann immer wieder gelang, unter Einsatz und Opferung seiner Gesundheit die Handlungsfähigkeit des Parlamentes insofern sicherzustellen, als er auf der Beteiligung der Parteiführer bei den Regierungsbildungen pochte und in einem Fall sogar im Alleingang ein Regierungsbündnis schmiedete. Das als „Schuß von Bühlerhöhe“ in die Annalen eingegangene Telegramm des Rekonvalenszenten Stresemann an den designierten Reichskanzler Hermann Müller (SPD) vom 23. Juni 1928 sollte nicht nur die geschworenen Gegner einer „Großen Koalition“ in den eigenen Reihen⁶⁷ vor vollendete Tatsachen stellen; es sollte überdies die Initiative der Parteiführer beim mühsamen Geschäft der Regierungsbildung sicherstellen und nicht dem Reichspräsidenten kampflos dieses Feld überlassen⁶⁸. Stresemann war bewußt, daß sich der Reichspräsident nur dann zum Herrn des Verfahrens bei der Regierungsbildung aufschwingen konnte, wenn das Parlament und die Parteien aus eigener Schwäche und Machtvergessenheit ihr Initiativrecht verspielten. Und als genau dies im März 1930 eintrat, als die beiden Flügelparteien der Großen Koalition in einer Mischung aus trotziger Behauptung der Milieuidentität und fehlender Einsicht in die Funktionsbedingungen des Parlamentarismus den Bruch der Großen Koalition herbeiführten⁶⁹, ging nicht nur das Initiativrecht zur Regierungsbildung auf den Reichspräsidenten über.

Denn die allein vom Reichspräsidenten gesteuerte Bildung der Regierung Brüning ohne auch nur den geringsten Versuch der Konsultation mit den politischen Parteien markiert den Übergang zur Phase der sogenannten Präsidialkabinette⁷⁰, in denen das politische Koordinatensystem immer mehr zugunsten der Präsidialgewalt und zu Lasten des Parlamentes verschoben wurde. Parallel dazu vollzog sich der Aufstieg der Reichswehr zum operativen und strategischen Zentrum der Präsidialgewalt. Dieser Prozeß ist von Hindenburg gezielt gesteuert worden, weil er selbst aufgrund seiner Herkunft als politischer Feldherr ein instinktsicheres Gespür dafür besaß, wie sehr von der bewaffneten Macht aus politische Herr-

⁶⁶ Heftige Zusammenstöße zwischen beiden sind u.a. überliefert bei *Zaun*, Hindenburg 147 f.; zur Kontroverse zwischen Reichspräsident und Reichsaußenminister um die Neubesetzung des Moskauer Botschafterpostens vgl. eine neunseitige Aufzeichnung Stresemanns vom 18. November 1928, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Nachlaß Stresemann/291.

⁶⁷ Siehe hierzu *Eberhard Kolb*, Führungskrise in der DVP. Gustav Stresemann im Kampf um die „Große Koalition“ 1928/29, in: *Wolther von Kieseritzky, Klaus-Peter Sick* (Hrsg.), *Demokratie in Deutschland. Chancen und Gefährdungen im 19. und 20. Jahrhundert* (München 2000) 202–227.

⁶⁸ In diesem Telegramm wurde der Reichspräsident überhaupt nicht erwähnt und den Parteiführern und dem Reichstag die entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung beigemessen: „Dieses Zusammenwirken wird am besten zum Erfolge führen, wenn Persönlichkeiten aus den Fraktionen der Großen Koalition sich über das Programm klarwerden, mit dem sie vor den Reichstag treten, und ihrerseits mit diesem Programm stehen und fallen“, *Stresemann*, *Vermächtnis*, Bd. 3, 298; zur Bewertung vgl. auch *Winkler*, Weimar 337.

⁶⁹ Zum Auseinanderbrechen der Großen Koalition am 27. März 1930 vgl. *Winkler*, Weimar 372–374.

⁷⁰ Näheres zu dieser Entwicklung bei *Kolb*, *Weimarer Republik* 130–133.

schaftsansprüche exekutiert werden konnten. Die ihm zugeschriebenen Erfolge als Feldherr waren die Quelle für den Hindenburg-Mythos und damit für die charismatischen Wurzeln seiner Herrschaftsansprüche⁷¹. Zudem empfand er die Armee als überparteilichen Wächter über das Staatswohl – sie verbürgte für ihn institutionell jenes holistische Politikverständnis, von dem sich Hindenburg leiten ließ.

In seiner neuen Rolle als Reichspräsident befand sich Hindenburg in der einzigartigen Lage, daß sich seine Verfügungsgewalt über die Reichswehr aus einer doppelten Legitimationsgrundlage speiste: Zum einen übte er den in der Verfassung verankerten Oberbefehl über die Streitkräfte aus; zum anderen konnte er insbesondere gegenüber den Soldaten von seinem Nimbus als Feldherr zehren und auf diese Art und Weise sogar notfalls soldatische Gefolgschaftstreue einklagen, um die Reichswehr gerade in Krisenzeiten auf sich zu verpflichten. Hindenburg ist daher systematisch daran gegangen, die personalpolitischen Weichen dafür zu stellen, daß die Reichswehr sich zum politischen Vorkämpfer einer kumulierten Präsidialgewalt profilieren konnte. Dabei kam ihm auch der Zufall dergestalt zu Hilfe, daß im Oktober 1926 der starke Mann der Reichswehr, der Chef der Heeresleitung Generaloberst von Seeckt, auf Drängen des Reichswehrministers Geßler⁷² von seinem Posten weichen mußte. Seeckt hatte als ehemaliger Generalstabschef Mackensens Hindenburgs durchschnittliche militärische Fähigkeiten exakt genug einzuschätzen gewußt, um nicht dem Bann des Hindenburg-Mythos verfallen zu sein⁷³. Insofern verschaffte der Wechsel an der Spitze der Heeresleitung Hindenburg Gelegenheit, die militärischen Führungspositionen mit ihm treu ergebenen und seinen Feldherrnnimbus nicht anzweifelnden Personen zu besetzen.

Mit der Ersetzung des selbstbewußten Seeckt durch den fügsamen General Heye wurde zugleich die Position des Reichswehrministers aufgewertet, der nun keinen verkappten Wehrpolitiker an der Spitze der Heeresleitung mehr neben sich zu dulden hatte⁷⁴. Als Minister Geßler die politische Verantwortung für die Fehlleitung von Geldern in seinem Ministerium übernahm, nutzte der Reichspräsident diese Gelegenheit, um seinen alten Weggefährten Wilhelm Groener als Reichswehrminister zu installieren. Dieser schrieb kurz darauf treffend an einen Bekannten: „Eine Absage war unmöglich, nachdem Hindenburg durch alle Attacken von Parteiseite an meiner Wahl festgehalten hatte. So stütze ich mich auf sein Vertrauen bei meiner Arbeit. Diese wird mir wesentlich dadurch erleichtert, daß ich in ein mir völlig vertrautes Milieu komme und meine hauptsächlichsten Mitarbei-

⁷¹ Vgl. Pyta, Hindenburg.

⁷² Zusammenfassend dazu Möllers, Geßler 318–324.

⁷³ Vgl. dazu den Briefwechsel Seeckts aus dem Ersten Weltkrieg, abgedruckt und ausgewertet von *Friedrich von Rabenau* (Hrsg.), Hans von Seeckt. Aus meinem Leben 1866–1917 (Leipzig 1938) vor allem 184f., 419f., 521 und 617; siehe auch *Hans Meier-Welcker*, Seeckt (Frankfurt 1967) 521–523.

⁷⁴ Vgl. die entsprechenden Einschätzungen bei *Geßler*, Reichswehrpolitik 347 sowie bei *Möllers*, Geßler 305–307.

ter sozusagen aus meiner Schule stammen. Die Oberste Heeresleitung von 1918/19 ist wieder beisammen.“⁷⁵ Damit einher ging ein qualitativer Wandel der Position des Reichswehrministers, die seit dieser Zäsur nicht mehr als Dispositionsmasse der politischen Parteien galt, sondern als alleinige Domäne des Reichspräsidenten⁷⁶. Von Wilhelm Groener im Januar 1928 über Kurt von Schleicher im Juni 1932 bis Werner von Blomberg im Januar 1933 erstreckt sich die Reihe dieser Vertrauensmänner und Platzhalter des Reichspräsidenten in der Bendlerstraße.

Hindenburg mußte die Reichswehrführung gar nicht zu politischer Aktivität ermuntern, da sich diese als konzeptioneller Vordenker in Sachen präsidentialer Demokratie verstand. Seit 1928 gaben in der Reichswehr diejenigen den Ton an, welche die charismatische Herrschaft Hindenburgs zur Transformation des politischen Systems im präsidentialen Sinne nutzen wollten. Die treibende Kraft war dabei Groeners politischer Ziehsohn Kurt von Schleicher⁷⁷, der ganz und gar als Politiker begriffen werden muß, welcher am energischsten die aus Sicht der Reichswehrführung einmalige Chance ergreifen wollte, daß ein charismatisch veredelter Generalfeldmarschall das höchste Staatsamt innehatte. Schleicher baute im Reichswehrministerium mit der Wehrmachtsabteilung einen strategischen Planungsstab auf, der schon Ende 1926 die Möglichkeiten eines Präsidentskabinetts auslotete⁷⁸.

Drei Jahre später wurde die Kanzlerschaft Brünings auf diesem Wege generalstabsmäßig vorbereitet. Die Geburtsstunde des Kabinetts Brüning war der 26. Dezember 1929, als sich Groener und Schleicher in der Wohnung der grauen Eminenz, des ehemaligen Reichswehroffiziers Willisen, mit dem mit Willisen befreundeten Zentrumspolitiker Brüning trafen und dort die Marschrichtung des ersten reinen Hindenburg-Kabinetts absteckten⁷⁹. Über diese Schiene Schleicher-Groener-Willisen liefen bis zum April 1932 die entscheidenden politischen Initiativen ab. Auch als Schleicher mit Groener und Brüning brach, änderte dies nichts an der Rolle Schleichers als politischer Antreiber. Es war Schleicher, der den im Hintergrund äußerst rührigen und über vielfältige Kontakte verfügenden Papen

⁷⁵ Groener an Geheimrat Professor Freudenthal, 29. Januar 1928, abgedruckt in: *Dorothea Groener-Geyer*, Die Odyssee der Groener-Papiere, in: *Die Welt als Geschichte* 19 (1959) 75–95, hier 90.

⁷⁶ Die Sonderstellung Groeners, der mit dem „Anspruch eines präsidentialen Reichswehrministers“ auftrat, wird deutlich herausgestellt in der einschlägigen Studie von *Johannes Hürter*, Wilhelm Groener (Beiträge zur Militärgeschichte 39, München 1993) hier 47.

⁷⁷ Zu Schleicher immer noch unentbehrlich und bis heute nicht überholt *Thilo Vogelsang*, Reichswehr, Staat und NSDAP (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 11, Stuttgart 1962).

⁷⁸ Hierzu *Josef Becker*, Zur Politik der Wehrmachtsabteilung in der Regierungskrise 1926/27, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14 (1966) 69–78.

⁷⁹ In diesem Punkt wie auch in anderen Einzelheiten erweisen sich die Brüning-Memoiren als absolut zuverlässig *Brüning*, Memoiren 150 und 158. Brünings Angaben werden bestätigt in einem Schreiben des bei dieser Unterredung ebenfalls anwesenden, mit Brüning befreundeten Reichstagsabgeordneten Treviranus an das Ehepaar Willisen, 13. April 1930, in dem dieser Willisen als „gütigen Paten“ dieser ersten Präsidentsregierung bezeichnet (Restnachlaß Willisen, Privatbesitz).

entdeckte und ihn Hindenburg als Kanzler des zweiten Präsidialkabinetts präsentierte.

Unter der Präsidialregierung Papen erlebte die Präsidialgewalt eine Potenzierung, indem sie nun auch gezielt für eine Umbildung des Reiches eingesetzt wurde. Bereits der stete Einsatz der gesetzvertretenden Notverordnungsvollmacht des Reichspräsidenten für die Präsidialregierung Brüning hatte die legislative Kompetenz des Reichstags immer mehr unterhöhlt. Doch mit der Installation Papens exponierte sich die Präsidialgewalt auf eine noch nicht dagewesene Weise, da diese Regierung im Unterschied zur Vorgängerregierung, die sich immerhin auf eine Tolerierungsmehrheit im Parlament verlassen konnte, in schroffer Frontstellung zum Reichstag stand und dort nicht auf eine vergleichbare parlamentarische Duldung zählen konnte⁸⁰. Vor allen Dingen wurde die charismatisch aufgeladene Präsidialgewalt gezielt eingesetzt, um ein Strukturproblem der deutschen Verfassungsgeschichte in einem radikal unitarischen Sinne zu lösen. Der Reichspräsident als Garant der Wahrung der Reichseinheit wurde am 20. Juli 1932 von der Reichswehrführung in Anspruch genommen, um mit Hilfe der präsidialen Autorität die verfassungsrechtlich mehr als bedenkliche Absetzung der preußischen Staatsregierung zu verfügen. Die Übernahme der Regierungsgewalt im dominierenden deutschen Einzelstaat durch das Reich ging nicht nur, aber doch vornehmlich auf das Betreiben der Reichswehrführung zurück, den Dualismus Preußen – Reich mit Hilfe einer radikalen Ausschöpfung der Präsidialgewalt zu beseitigen⁸¹.

Nachdem sich Papen durch Ungeschicklichkeiten in eine hoffnungslose politische Situation manövriert hatte, die sowohl die Reichswehr als auch den Reichspräsidenten zu beschädigen drohte, tat Schleicher den konsequenten Schritt und übernahm Anfang Dezember 1932 selbst die Reichskanzlerschaft. Doch genau an diesem Punkte gingen die Wege der Reichswehr und der Präsidialgewalt auseinander. Dies ist eine erstaunliche und begründungsbedürftige Entwicklung, weil Schleicher nicht die Autorität des Reichspräsidenten einschränken, sondern im Gegenteil auf die Spitze treiben wollte. Beraten vom Staatsrechtler Carl Schmitt entwickelte die federführende Wehrmachtsabteilung des Reichwehrministeriums

⁸⁰ Zum qualitativen Unterschied zwischen den Präsidialregierungen Brüning und Papen vgl. Eberhard Kolb, Wolfram Pyta, Die Staatsnotstandsplanung unter den Regierungen Papen und Schleicher, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Die deutsche Staatskrise 1930–1933 (Schriften des Historischen Kollegs 26, München 1992) 155–181.

⁸¹ Daß Schleichers Motive vor allem von der Beseitigung des Dualismus Preußen – Reich geleitet wurden, geht aus der jüngsten Studie zur Genese und juristischen Nachgeschichte der Preußenaktion hervor: Gabriel Seiberth, Anwalt des Reiches. Carl Schmitt und der Prozeß „Preußen contra Reich“ vor dem Staatsgerichtshof (Zeitgeschichtliche Forschungen 12, Berlin 2001) u. a. 62–77. Zur verfassungsrechtlichen Absicherung dieser Aktion, die ebenfalls von der Reichswehr und nicht vom ressortmäßig eigentlich zuständigen Reichsinnenministerium ausging und in deren Verlauf sich die Reichswehrführung vor allem Carl Schmitt als Sachverständigen an die Seite holte, vgl. anhand der hier erstmals ausgewerteten Schmitt-Tagebücher: Wolfram Pyta, Gabriel Seiberth, Die Staatskrise der Weimarer Republik im Spiegel des Tagebuches von Carl Schmitt, in: Der Staat 38 (1999) 423–448 und 594–610.

ein Konzept, das auf einen gleitenden Übergang zu einer präsidentiell gestützten und durch die Machtmittel der Reichswehr abgesicherten konstitutionellen Demokratie hinauslief⁸². Herzstück dieses Konzeptes war dabei die Einschränkung der Befugnisse des Reichstages, der seiner ihm noch verbliebenen Einflußmöglichkeiten auf die Exekutive verlustig gehen sollte.

Warum aber verweigerte sich Hindenburg der Krönung des seit Ende 1929 vorbereiteten Werkes? Warum stieß er alle diejenigen vor den Kopf, die ihre politischen Erwartungen auf den Reichspräsidenten gerichtet und ihn als Garanten für die Errichtung einer präsidentiell verfaßten Ordnung gesehen hatten, die gewiß eine unwiderrufliche Absage an den Parlamentarismus bedeutete, aber ebenso eine unmißverständliche Ablehnung des Herrschaftsanspruchs Hitlers?

Auf diese bohrende Fragen können aufgrund der insgesamt eher schlechten Quellenlage nach dem jetzigen Stand der Dinge noch keine wirklich erschöpfenden Antworten gegeben werden. Eines dürfte aber unbestritten sein: Die Übertragung der Regierungsmacht an den „Führer“ der bei weitem stärksten politischen Partei und damit einhergehend das Fallenlassen der Reichswehrlösung demonstrieren nachhaltig, daß Hindenburgs präsidentielle Herrschaft von der bewaffneten Macht ablösbar war. Oder noch pointierter formuliert: Hindenburg gab mit dem 30. Januar 1933 den politischen Lenkungsanspruch durch die Reichswehr auf und entpolitisierte damit zugleich seine Funktion als Oberbefehlshaber der Armee. Mit der Ersetzung eines Generals durch einen Gefreiten machte er weiterhin unmißverständlich klar, daß er sein Präsidentenamt als ein genuin politisches Amt auffaßte und sich nicht von militärischen Wertmaßstäben leiten ließ. Bei Anlegung militärischer Kategorien wäre der „böhmische Gefreite“ auf Anhieb noch nicht reif für das höchste Regierungsamt gewesen und hätte sich erst noch hochdienen müssen⁸³. Doch indem Hindenburg gegen die militärische Kleiderordnung einen ehemaligen Soldaten ohne Portepée zum Reichskanzler ernannte, triumphierte endgültig der Politiker in ihm über den Militär – mit unübersehbaren Folgen für Deutschland und die Welt.

⁸² Hierzu unter Ausschöpfung neuer Quellen Wolfram Pyta, Verfassungsombau, Staatsnotstand und Querfront: Schleichers Versuche zur Fernhaltung Hitlers von der Reichskanzlerschaft August 1932 bis Januar 1933, in: *ders.*, *Ludwig Richter* (Hrsg.), *Gestaltungskraft des Politischen*. Festschrift für Eberhard Kolb (Historische Forschungen 63, Berlin 1998) 173–197 sowie *ders.*, *Konstitutionelle Demokratie*; siehe auch die prägnante Skizze von *Christoph Gusy*, Kurt von Schleicher (1882–1934), in: *Michael Fröhlich* (Hrsg.), *Die Weimarer Republik. Portrait einer Epoche in Biographien* (Darmstadt 2002) 269–281.

⁸³ In der Tat hatte sich Hindenburg einige Zeit aus solchen genuin militärischen Überlegungen heraus gegen diesen Schritt gestäubt und vor allem aus diesem Grund heraus Hitler am 13. August 1932 noch die Kanzlerschaft abgeschlagen, vgl. hierzu die zuverlässige Mitteilung des 2. Adjutanten Hindenburgs, Wedige von der Schulenburg, der am 14. August eine entsprechende Äußerung Hindenburgs in seinem Tagebuch festhielt: „Ich kann doch nicht das Reich Kaiser Wilhelms und Bismarcks einem böhmischen Gefreiten anvertrauen“: ungedruckte Erinnerungen Wedige von der Schulenburg, BA-MA Freiburg, MSG 1/2779, Bl. 140; vgl. auch die ebenfalls sehr aussagekräftigen unpublizierten Erinnerungen des späteren Generals Friedrich von Boetticher „So war es“, BA-MA Freiburg, N 323/147, Bl. 304 und Bl. 307.

Worin bestand nun das originär politische Kalkül, das den Reichspräsidenten zur Preisgabe des Konzeptes einer auf der bewaffneten Macht beruhenden Präsidialdemokratie bewog? Hindenburgs Verständnis des Präsidentenamtes bestand seit dem Aufkommen der NSDAP als Massenpartei im Herbst 1930 darin, mit Hilfe präsidialer Machtmittel die politische Einigung der zersplitterten, durch erbitterte Machtkämpfe miteinander zerstrittenen Rechten herbeizuführen⁸⁴. Es ist mehr als bezeichnend, daß Hindenburg seine erneute Kandidatur für die Reichspräsidentschaft im Februar 1932 mit dem zentralen Argument rechtfertigte, daß ihn nur die Uneinigkeit der Rechten in diese ungeliebte Rolle und damit in eine Kandidatur gegen Hitler hineingezwungen habe, wobei es ausschließlich bei den Kräften auf der Rechten liege, durch das Ausräumen ihrer Differenzen die Voraussetzungen für eine Rechtsregierung zu schaffen. In dem betreffenden Schlüsseldokument, seiner für seine engsten politischen Weggefährten bestimmten persönlichen Darlegung über die Gründe für seine erneute Kandidatur, führte er am 25. Februar 1932 aus: „Ich bitte hieraus zu ersehen, daß die Behauptung, daß *ich* einer Rechtsregierung widerstrebe, durchaus falsch ist. Nicht *ich* bin das Hindernis für eine solche Entwicklung, auch nicht der Reichskanzler Dr. Brüning, sondern *lediglich die Uneinigkeit der Rechten*, ihre Unfähigkeit, sich auch nur in den Hauptpunkten zusammenzufinden. Es ist tief zu bedauern, daß die Rechte – zerrissen wie sie ist – von einseitig parteiehrgeizigen Führern den Weg der Einflußlosigkeit und Selbstzerstörung geführt wird.“⁸⁵

Damit glaubte Hindenburg jene Einheitlichkeit des Volkswillens zu stiften, die für sein Politikverständnis leitend war, in dem die politisch Andersdenkenden entweder als Störenfriede aus dem Wege zu räumen oder von der Integrationspartei NSDAP politisch zu bekehren waren. Insofern vermochte der größte politische Trumpf der NSDAP, als eine Partei neuen Typs die politischen Kräfte auf der Rechten zu bündeln und dabei bis weit in die Industriearbeiterschaft einzudringen⁸⁶, beim Reichspräsidenten zu stechen, wenn Hitler sich von der Rolle eines reinen Parteiführers löste⁸⁷ und sich in der ausgleichenden Funktion des Chefs

⁸⁴ Wie sehr Hindenburg die Rolle des Anwaltes der Einheitsstiftung auf der Rechten übernahm, dabei aber zunächst an den divergierenden Machtinteressen der Beteiligten scheiterte, hat Hindenburg mehrfach unmißverständlich klar gemacht, etwa in seinem Schreiben an seinen persönlichen Vertrauten, Elard von Oldenburg-Januschau, 22. Februar 1932, bei *Hubatsch*, Hindenburg 310–312; siehe auch seinen Brief an den Fürsten von Salm-Horstmar, 24. Oktober 1931, in: *Hermann Weiß, Paul Hoser* (Hrsg.), *Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quatz 1928–1933* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 59, München 1989) 159f.; vgl. auch Quatz Tagebucheintragung vom 27. November 1931, ebd. 163.

⁸⁵ Dieser im Umdruckverfahren hergestellte und zusammen mit einem persönlichen Anschreiben versandte Text findet sich u. a. bei *Hubatsch*, Hindenburg 312–316, Zitat 313.

⁸⁶ Die soziale Breite der NSDAP ist von der historischen Wahlforschung eindeutig herausgearbeitet worden; vgl. hierzu die maßgebliche Studie von *Jürgen W. Falter*, *Hitlers Wähler* (München 1991).

⁸⁷ Daher ist Hitler von Hindenburg zur Auflage für eine Regierungsbeteiligung gemacht worden, daß Hitler Abstriche an seinem Machtanspruch vornahm – so etwa in der bekannten Unterredung vom 13. August 1932 (Protokoll bei *Hubatsch*, Hindenburg 338f.) oder in dem

einer Regierung der „nationalen Konzentration“ empfahl. Die Präsidialgewalt suchte den politischen Schulterschuß mit der weitaus stärksten parteipolitischen Kraft also deswegen, weil das Hindenburg auf den Leib geschriebene Projekt der Versöhnung der alten mit der neuen Rechten eine Arbeitsteilung zwischen Hindenburg und Hitler bedingte: Hindenburg als der dem Tagesgeschehen entrückte politische Schirmherr und Kontrolleur der gärenden revolutionären Energien in der Hitler-Partei, Hitler als der nötigenfalls ohne Rücksichtnahme auf den gemeinsamen politischen Gegner durchgreifende Tatmensch. Hindenburg konnte daher seine Aufgabe als Einiger am 30. Januar 1933 durchaus als erfüllt ansehen, weil hier erstmals in der windungsreichen Geschichte des Kampfes um die politische Führung *sämtliche* Bestandteile der antipluralistischen Rechten sich in eine Konzentrationsregierung einbrachten: die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, der Stahlhelm und diverse konservative Fachminister.

Insofern war die Berufung Hitlers an die Spitze eines Kabinetts der vereinigten Rechten aus Hindenburgs Sicht keine Verlegenheitslösung, sondern der krönende Abschluß seiner strategischen Bemühungen um die Zusammenführung der traditionellen Rechten mit der kraftvoll wie unberechenbar erscheinenden Hitler-Bewegung. Allerdings mischten sich in diese Entscheidung auch genuin persönliche Motive, die an dieser Stelle zumindest gestreift werden sollen.

Hindenburgs Absage an eine autoritäre, auf die Machtmittel der Reichswehr gestützte Präsidialherrschaft ist auch als der Abschluß eines ganz persönlichen Emanzipationsprozesses zu werten, in dessen Verlauf Hindenburg endgültig vom Generalfeldmarschall zum Reichspräsidenten mutierte. Ein Eingehen auf die Schleicher-Lösung hätte die Reichswehr zum gleichberechtigten Partner der Präsidialgewalt gemacht und damit das politische Schicksal Hindenburgs und vor allem sein Weiterleben in der Geschichte unauflöslich mit dem des Schleicher-Kreises verknüpft. Damit aber hätte sich Hindenburg seiner politischen Verfügungsgewalt über die Spitzenpositionen bei der bewaffneten Macht beraubt. Daher stützte Hindenburg die Reichswehrführung zurecht und reduzierte sie auf eine genuin militärische Rolle⁸⁸, als er den politisch-strategischen Kopf Kurt von Schleicher als Reichswehrminister am 30. Januar 1933 durch den Nur-Soldaten Blomberg ersetzte.

Briefwechsel zwischen dem Büro des Reichspräsidenten und Hitler vom November 1932 (ebd. 356–362).

⁸⁸ Vgl. die bezeichnende Äußerung Hindenburgs vom 27. Januar 1933 gegenüber dem Schleicher-Vertrauten Hammerstein, dem Chef der Heeresleitung: „Wenn die Generale nicht parieren wollen, werde ich sie alle verabschieden“, überliefert in der zwar unzusammenhängenden, aber beträchtlichen Quellenwert besitzenden Darstellung des Hammerstein-Sohnes *Kunrat Freiherr von Hammerstein*, Späthrupp (Stuttgart 1963) 41. Hitler selbst, der die Pläne zur Errichtung einer autoritären Präsidialherrschaft mit Recht als die ernsthafteste Bedrohung seines Machtanspruches ansah, hat in seinen Tischgesprächen am 21. Mai 1942 die Haltung Hindenburgs treffend dahingehend zusammengefaßt: „Im Grunde seines Herzens sei der Alte Herr [Hindenburg, d. Verf.] ein Gegner davon gewesen, daß Soldaten politisieren“: *Henry Picker*, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941–1942 (Stuttgart 21965) 365.

Zudem widerstrebte es Hindenburgs ganz persönlichem Führungsstil, mehr als nur ein nüchternes Zweckbündnis mit Personen einzugehen. Hindenburg hatte im Laufe seiner politischen Karriere seine Mitstreiter im Kern immer nur als Zuarbeiter aufgefaßt, von denen er sich dann zu trennen pflegte, wenn sie zu einer Belastung für seine Position zu werden drohten. Schleicher widerfuhr Ende Januar 1933 nur eine Behandlung, die Heinrich Brüning acht Monate zuvor zuteil geworden war: auf eine „kaltschnäuzige Art“⁸⁹ erhielt derjenige Reichskanzler, dem Hindenburg seine Wiederwahl zum Reichspräsidenten zu verdanken hatte, einen gewissermaßen unehrenhaften Abschied, weil er Hindenburgs weitergehenden Plänen im Wege stand.

Nicht zuletzt räumte Hindenburg mit der Preisgabe Schleichers und der Auslieferung der Regierungsgewalt an die vereinigte Rechte auch ein, wie sehr sein Charisma auf der mythischen Verklärung seiner Person beruhte und wie wenig es durch eigene Leistung erworben war. Eine robuste charismatische Herrschaft hätte nicht nur den Anfeindungen von rechts standgehalten, sondern gerade in der einzigartigen Herausforderung, durch den vollen Einsatz der präsidialen Machtmittel einen Ausweg aus der Staatskrise zu finden, ein für Charismatiker geradezu maßgeschneidertes Betätigungsfeld erblickt. Selbst ein Reichspräsident, der sein Amt allein einer traditionellen Legitimation verdankte und dem jegliche charismatischen Weihen fehlten, wäre im Umgang mit der nationalen Rechten freier und ungezwungener gewesen als Hindenburg. Denn weil sein Charisma nicht auf dem soliden Stein krisengestählter Staatskunst fußte, sondern auf dem lockeren Sand mythischer Zuschreibung gebaut war, drohte es in dem Moment ins Rutschen zu geraten, in dem Hindenburg sich ohne Wenn und Aber auf eine existentielle Konfrontation mit der Rechten einließ und durch die Proklamierung unorthodoxer Maßnahmen hart am Rande der Verfassung seine ganze Autorität aufs Spiel setzte. Hindenburg wußte genau, daß bei einer solchen Konfrontation der öffentlich gepflegte und geschichtspolitisch reproduzierte Hindenburgmythos mehr als nur einige Kratzer erhalten konnte. Schon die gegen Teile der Rechten durchgefochtene erneute Reichspräsidentschaftskandidatur hatte ihm den wirkungsvollen

⁸⁹ So die treffende Charakterisierung im Tagebuch des Staatssekretärs der Reichskanzlei am 29. Mai 1932: *Hermann Pünder*, Politik in der Reichskanzlei. Aufzeichnungen aus den Jahren 1929–1932 (Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte 3, Stuttgart 1961) 129. Wie sehr Hindenburg seine Mitstreiter als Untergebene behandelte, von denen er sich zu gegebenem Zeitpunkt ohne innere Regung in kühler Unnahbarkeit zu trennen pflegte, wird von einer Vielzahl von Belegen bezeugt; vgl. hierzu nur die Memoiren Brünings, der im Verlaufe seiner Kanzlerschaft einen tiefen Einblick in Hindenburgs Umgangsstil mit Menschen gewinnt (*Brüning*, Memoiren, vor allem 550, 598–603 und 645). Hindenburgs Gefühllosigkeit bei der Auswechselung von Personen bringt auch eine Äußerung des Nachfolgers Pünders als Staatssekretär der Reichskanzlei, Erwin Planck, vom 6. Juli 1932 auf den Punkt: „Hindenburg hat so viele Dynastien und Kabinette stürzen sehen, daß ihn diese Vorgänge innerlich gar nicht berühren“; überliefert in den an Ausführlichkeit und Authentizität einzigartigen Tagebuchaufzeichnungen des Generaldirektors des Ullstein-Verlages, Hans Schäffer: Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, ED 93, Bd. 21, Bl. 647; zur Gefühlskälte Hindenburgs siehe auch die treffende Beschreibung bei *Geßler*, Reichswehrpolitik 345.

Vorwurf eingetragen, „daß der Ruhm und der historische Glanz des Namens Hindenburg vollständig zu Grabe getragen würde, wenn die Geschichte dermaleinst berichten müßte, daß der Herr Reichspräsident es zugelassen hätte, daß nur diejenigen Parteien regierten, die den Untergang des deutschen Vaterlandes auf dem Gewissen hätten“⁹⁰.

Nun drohte bei einer Verschärfung der Frontstellung der aus Hindenburgs Sicht unerträgliche Zustand, daß sein Ein und Alles, das seit 1914 angehäuften symbolisierte Kapital, ausgerechnet in einer Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften verbraucht zu werden drohte, denen er sich selbst innerlich zurechnete. Die Rücksichtnahme auf den eigenen Mythos und damit auf ein ihm genehmes Weiterleben in der Geschichte⁹¹ lähmte Hindenburgs Entschlußkraft bei der Ausschöpfung der ihm zu Gebote stehenden präsidentiellen Befugnisse.

Fazit:

Die vorangehenden Ausführungen dürften zum Ausdruck gebracht haben, daß in Verfassungstheorie wie in Verfassungswirklichkeit der Weimarer Republik der Präsidiengewalt eine herausragende Bedeutung zufiel. Man wird der Überlegung, ob nicht angesichts einer hochgradig fragmentierten Gesellschaft mit einem erheblichen Nachholbedarf der politischen Parteien an politischem Gestaltungswillen die Installierung eines „pouvoir neutre“ den funktionalen Anforderungen an das politische System gerecht wurde, nicht so ohne weiteres Berechtigung absprechen können, wenn man sich der Ambivalenz einer solchen Verfassungskonstruktion bewußt ist. Denn eine Verlagerung der gestalterischen Kompetenzen auf den Reichspräsidenten ging einher sowohl mit einem Zuwachs an Chancen wie an Gefahren⁹². Und die Geschichte der Ausübung der Präsidiengewalt hält für beide Varianten eindrucksvolle Beispiele bereit.

Denn der erste Reichspräsident hat das produktive Potential seines Amtes im Sinne republikanischer Konsensstiftung aufgefaßt und weitgehend ausgeschöpft. Ebert gebührt daher das hohe Prädikat des Staatsmannes, weil er die präsidentiale

⁹⁰ Derartige Vorwürfe werden wiedergegeben in einem Schreiben des Hindenburg-Vertrauten Cramon an Generalfeldmarschall Mackensen, 1. Februar 1932, BA-MA Freiburg, Nachlaß Mackensen 272, Bl. 70.

⁹¹ Schon bei dem ungleich einfacher durchzustehenden Festhalten an seiner Reichspräsidentenchaftskandidatur hatte sich Hindenburg gegenüber Mackensen, der neben Cramon der einzige der alten Kameraden war, dem er sein Herz ausschüttete, in ähnlicher Weise offenbart: „So wie die Dinge augenblicklich liegen, ist es mir aber ein großer Schmerz, von manchen alten Kameraden und Freunden mißverstanden zu werden. Hoffentlich wird mich die Geschichte einst anders beurteilen!“: Hindenburg an Mackensen, 9. Februar 1932, ebenda, Bl. 66.

⁹² In ähnlichem Zusammenhang hat Christoph Gusy den eingängigen Satz geprägt: „Hier lagen Stärke und tödliche Schwäche der Republik nahe beieinander“, Gusy, Weimarer Reichsverfassung 113.

Prärogative immer dort nachdrücklich einsetzte, wo die strukturell dazu wenig disponierten Parteien sich aus der politischen Verantwortung zurückzogen und wo es als Überlebenshilfe für die von Anfang an unter einer gewaltigen Problemlast leidenden Republik unerlässlich war.

Der zweite Reichspräsident übernahm sein Amt zu einer Zeit, als die schwersten Existenzkrisen überwunden waren und die Republik ruhigeren und stabileren Zeiten entgegen zu blicken schien. Zugleich eröffnete sich ihm durch die Mythisierung seiner Person eine neue Legitimationsquelle, die seinem Amt ein charismatisches Potential erschloß. Hindenburg hat im ganzen gesehen von der charismatischen Überhöhung seines Amtes einen halbherzigen Gebrauch gemacht und damit letztlich entscheidenden Anteil an der Auslieferung des Staates an Hitler genommen. Denn zum einen entzog die Präsidialgewalt seit Frühjahr 1930 einem funktionierenden Parlamentarismus die Existenzgrundlage, indem sie sowohl das Parlament aus der politischen Gestaltung zurückdrängte als auch eine politische Gesamtsituation mit heraufbeschwor, in der die eingefleischten Gegner von Rechtsstaat und Pluralismus in den Reichstagswahlen des Jahres 1932 die absolute Majorität der Reichtagssitze eroberten. Als seit August 1932 das Parlament zur Waffe der Todfeinde des Verfassungsstaates verkam, hätte gerade eine charismatisch unterfütterte Präsidialgewalt den einmal begonnenen Weg konsequent zu Ende gehen und durch die Errichtung einer auf die Machtmittel der Reichswehr gestützten autoritären Herrschaft zugleich den Machtanspruch der Hitler-Partei abwehren können.

Hindenburg blieb jedoch auf halbem Wege stehen und eröffnete damit Hitler den Weg zur Regierungsgewalt. Die Ernennung des politischen Führers der weiteststärksten Reichstagspartei hätte unter den Bedingungen eines funktionierenden Parlamentarismus noch dem Geist der Weimarer Verfassung entsprochen – am 30. Januar 1933 hatte sich dieser Schritt Hindenburgs in sein Gegenteil verkehrt, weil Hindenburg sowohl den Parlamentarismus unterminiert hatte als auch vor einer anschließenden konsequenten Ausreizung der präsidialen Kompetenzen zurückschreckte. Insofern war es letztlich der halbherzige und uneindeutige Gebrauch einer charismatisch aufgeladenen Präsidialgewalt, der jenen politischen Dammbbruch herbeiführte, in dessen Verlauf nicht nur die Reste des Parlamentarismus, sondern auch die Präsidialgewalt selbst von den reißenden Fluten der nationalsozialistischen Revolution begraben wurden.